

Rezensionen

Michel Wieviorka: *Kulturelle Differenz und kollektive Identitäten*. Hamburg 2003 (= Hamburger Edition), 246 Seiten

Im deutschsprachigen Raum noch recht unbekannt, gehört der französische Philosoph und Soziologe Michel Wieviorka in Frankreich zu den führenden Köpfen seiner Zunft. Aus der Bewegungsforschung kommend, hat er sich in den 1990er Jahren mit einigen Arbeiten zum erstarkenden Rassismus hervor getan. Auf deutsch ist nun ein Band erschienen, in dem die Debatte um kulturelle Differenzen und kollektive Identitäten noch einmal aufgerollt und systematisch erzählt wird. Mit seinen Kategorisierungen jenseits des Gegensatzes Liberalismus versus Kommunitarismus hilft er die verzettelte Diskussion zu ordnen. Herausgekommen ist eines der besten und übersichtlichsten Werke, die in den letzten Jahre zu diesem Thema geschrieben worden sind. Wieviorkas Hypothese ist dabei die, die seit Jahren von Differenz-TheoretikerInnen dem sozialwissenschaftlichen Mainstream entgegengehalten wird, dass nämlich die Moderne nicht zur Abschaffung oder zum langsamen Eingehen von kulturellen Partikularismen führt, sondern sie erst hervorbringt. (26)

Gelten die Erfahrungen der Diaspora-Juden und der amerikanischen Schwarzen als paradigmatische Fälle für Bevölkerungsgruppen, die als Bewegungen die Forderung nach kultureller Anerkennung erhoben (oftmals verknüpft mit der sozialen Frage), bildeten sich im Zuge der Ereignisse um 1968 neue Bewegungen heraus. Erst mit diesen gewann die Frage der kulturellen Differenz auch breitere wissen-

schaftliche Relevanz. Und das, obwohl sie zunächst im Gegensatz zu den linksradikalen Ideen und Gruppierungen zu stehen schienen. (29) In einer zweiten Welle identitätspolitischer Bewegungen sieht Wieviorka die Frage nach kultureller Anerkennung noch stärker verknüpft mit der nach sozialer Gerechtigkeit, Beispiel hierfür sind vor allem die Indianerbewegungen in Lateinamerika. (37) Kulturelle und soziale Logiken zu verbinden werde letztlich durch die Praxis der Diskriminierung nahegelegt. Diese zeige immer wieder an, dass Zugehörigkeiten nie neutral sind, „sondern (...) im Rahmen der sozialen Hierarchie (funktionieren).“ (40) Darüber hinaus sei die Verbindung kultureller und sozialer Problemstellungen zwar keine zwangsläufige, aber auch eine folgerichtige Entwicklung gewesen. Denn mit dem Ende des fordistischen Zeitalters habe sich auch die soziale Frage selbst verändert, die seitdem nicht mehr ohne das Kulturelle zu stellen sei: „Im Zentrum der sozialen Frage standen nun nicht mehr Ausbeutung und Produktionsverhältnisse, sondern Ausschließung und Instabilität“ (47).

Im zweiten Teil seines Buches verbindet Wieviorka die Herangehensweisen, sich in der Debatte um kulturelle Differenzen auf eine „disparate Menge von Problemen“ zu beziehen, mit derjenigen, nur „ganz bestimmte Phänomene“ zu fokussieren (123). In dieser Kombination besteht auch das Außergewöhnliche seines Buches. Es kommt ihm darauf an, sowohl *Merkmale* zu untersuchen, die zu gegebenen Zeitpunkten bestimmte Identitäten charakterisieren, als auch die *Prozesse* zu beschreiben, „in deren Verlauf die Identitäten auftauchen, sich verwandeln, auflösen und neu zusammensetzen.“ (124) Daran anschließend widmet sich Wieviorka dem Problem der Produktion von Differenzen, wobei er

die These vertritt, diese Produktion stehe „heute im Mittelpunkt der Arbeit der Gesellschaften an sich selbst“ (144), und nicht als ein verschwindendes Phänomen an deren Rändern. Prozesse der „kollektiven Selbstbehauptung“ (144) werden nach Wieviorka durch die komplementären Bedingungen der Existenz eines Herrschaftsverhältnisses auf der einen und eines positiven Prinzips der Achtung auf der anderen Seite ermöglicht. Unter der ersten Bedingung wird auf die theoretische wie juristische Tatsache reagiert, dass Gesellschaft kein homogenes Ganzes aus freien und gleichen Individuen ist, sondern dass (gruppenmäßige) Ablehnungen und Herabsetzungen stattfinden, gegen die sich zur Wehr gesetzt wird. Die *Soziologie der Differenz*, merkt Wieviorka explizit an, ist demnach „zwangsläufig auch eine Soziologie der sozialen Hierarchie, der Herrschaft und der Ausschließung“ (144f.). Dem Selbstverständnis einiger Differenzfans aus den Kulturwissenschaften dürfte das widersprechen. Die zweite Bedingung besagt, dass die AkteurInnen sich auch als wertvolle Wesen erfahren müssen. Zudem zeigt sich hier bereits, dass der Identitätsproduktion nicht ein Opferstatus vorausgehen muss, sondern dass sie auch einer Sinnsuche entspringen kann.

Wieviorka schlägt deshalb vor, die Umkehrung von Stigmatisierungen als ein zentrales strategisches Moment der Differenzproduktion zu begreifen. Wie es vor allem seit den homosexuellen sozialen Bewegungen bekannt ist, können unter bestimmten Bedingungen aus ehemaligen Schmähebegriffen positive Selbstbezeichnungen werden. Dabei darf allerdings m.E. auf die Beschreibung der Hindernisse nicht verzichten, die dieser Strategie womöglich im Wege stehen. Wieviorka schließt sich einem dynamischen Modell von Ethnizität

im Anschluss an das interaktionistische Paradigma an. Das bedeutet davon auszugehen, dass Ethnizität sich vornehmlich in zwischenmenschlichen Interaktionen herstellt, also als ein mikrosoziologisches Phänomen betrachtet wird. Das ist zwar ein einiges plausibler, als kollektive Identität nur als Ergebnis von nutzbringenden Kalkülen und Strategien anzusehen – wie es im Anschluss an utilitaristische Ansätze geschieht. Ausgeblendet werden in beiden Fällen aber die Strukturen, die jemanden ganz ohne eigenes Zutun einer ethnischen Kategorie zuordnen, ihn oder sie – und da präsentiert die Alltagssprache ihre bürokratische Spur – abstempelt.

Dass er der Gewaltförmigkeit von Identität im Sinne einer dominanzgesellschaftlichen oder staatlich-administrativen Zuschreibung weniger Bedeutung beimisst, belegt auch der letzte Teil seiner Ausführungen. Darin beschäftigt sich Wieviorka mit dem Zusammenhang von Kultur, Identität und Erinnerung. Er weist der Erinnerung einen zentralen Stellenwert in der Konstitution von Identität zu (196). Andererseits brauche die Identität zu ihrer Herausbildung aber auch das Vergessen und die Amnesie (197), was insbesondere für die nationale Identität gilt, die ihre Gräueltaten vergessen muss, um sich zu begründen. Ein angesichts deutscher Leitkultur- und Schlussstrichdebatten nur allzu eingängiges Argument.

Für den Zusammenhang von Gedächtnis und Subjekt macht Wieviorka das Gedächtnis im Anschluss an Henri Bergsons Definition nicht als Speicher, sondern als eine dynamische Funktion aus und rechnet es – als kreativ und verändernd – der subjektiven Produktion eher zu als der Reproduktion von Ideen (200). Es sei aber anzumahnen, bei diesem Zusammenhang die bestimmten Modalitäten der Erinnerung

zu beobachten, und nicht das Subjekt als ganz aus Erinnerung bestehend zu betrachten. Am Beispiel der nationalen Erzählung lässt sich laut Wieviorka verdeutlichen, wie Erinnern und Vergessen zusammen funktionieren. In der nationalen Identität findet das Subjekt Identität und Erinnerung, hat aber zugleich an den Prozessen der Produktion und Verbreitung einer Geschichte Anteil, „die die Opfer, Verlierer und ihre eventuelle Nachkommenschaft zu Amnesie, Vergessen und Verdrängen verdammt.“ (203) Ist das Gedächtnis der subjektive Gegenpol zur Vernunft, Dokumenten und Beweisen gründenden Geschichtsschreibung – „Das Gedächtnis schreibt keine Geschichte“ (217) –, so ist im sozialen Phänomen des kollektiven Gedächtnisses doch wieder der/die einzelne AkteurIn dem System untergeordnet. Dass kulturelle Identitäten wie die von Nationen, die im Gegensatz zu Arbeiter- oder Bauernidentitäten immer noch am besten funktioniert haben, durch aktuelle politökonomische Prozesse in Mitleidenschaft gezogen werden, stellt auch die Grundfesten der Wissenschaften in Frage, die diese zum Gegenstand hatten. Allerdings ist zu bezweifeln, ob erst der Niedergang nationaler Identitäten diagnostiziert werden muss, um die Ausrichtung der Sozialwissenschaften am Nationalstaat zu kritisieren.

Jens Kastner

Dieter Goetze: *Entwicklungssoziologie. Eine Einführung*. Weinheim/München 2002: Juventa Verlag, 264 Seiten

Dieter Goetzes Buch „Entwicklungssoziologie“ ist – anders als der Untertitel ausdrückt – mehr als eine „Einführung“. Es ist vielmehr der durchaus gelungene Versuch einer Positionsbestimmung der Entwicklungssoziologie angesichts forcierter

Globalisierungsprozesse. Der neuen Bescheidenheit der 1990er Jahre, als Entwicklungssoziologien sich im Hinblick auf das postulierte ‘Scheitern der großen Theorien’ und das ‘Ende’ des ureigensten Gegenstandsbereiches ‘Dritte Welt’ auf Theorien mittlerer Reichweite beschränkten, hält Goetze entgegen, dass gerade die Entwicklungssoziologie eine „Pfadfinderfunktion“ (13) hat und viel zur Klärung von Globalisierungsprozessen beitragen kann.

Programmatisch geht er über das Ende der Dritten Welt hinaus, indem er sich von einer Soziologie der Entwicklungsländer verabschiedet und „die Befassung mit sich globalisierenden sozialen Beziehungen“ (10) zum Ausgangspunkt macht. Dazu arbeitet Goetze die wechselseitige Konstruktion von Entwicklung und Unterentwicklung heraus: Es sind „nicht bloß zwei zufällig zeitgleiche Phänomene ..., sondern zwei Seiten derselben Münze, sie gehören strukturell zusammen.“ (51) In Anlehnung an die Arbeiten Reinhart Köblers begreift er diese Prozesse als Ko-Evolution (54).

Dabei rückt Goetzes Handlungstheorie in das Zentrum der Analyse. Zur Ausbalancierung des problematischen Verhältnisses von Struktur und Handlung entwickelt er seine weiteren Konzepte in dem Spannungsfeld von Arenen und Akteuren. Dabei sieht er die Arenen nicht einfach als gegebene Strukturen an, sondern sie werden prozessual konstruiert (58). Soziologische Analyse hat sich – so Goetze – in erster Linie daran zu orientieren, „wie die konkrete Akteurskonstellation beschaffen ist und welcher Art die Interaktionen zwischen den Akteuren tatsächlich sind“ (60).

Anhand der Arena von Globalisierung konkretisiert Goetze dieses Vorgehen. In einem ersten Schritt bestimmt er die allgemeine Akteurskonstellation. Dabei hält er daran fest, dass der Nationalstaat weiter-

hin der zentrale politische Akteur ist, gerade was jede thematische Arena von Entwicklung angeht (70). Gegen die Rede vom Verlust politischer Steuerungsfähigkeit der Nationalstaaten weist Goetze darauf hin, dass Entnationalisierung, Entstaatlichung und Internationalisierung des Nationalstaates gerade auch Prozesse sind, bei denen Staaten »Mittäter« waren und sind (77). Doch ist der Staat nicht nur Akteur, sondern auch Arena von Entwicklungsprozessen, in der strategische Gruppen und soziale Bewegungen um „Ressourcen und Rechte“ kämpfen. (90)

Neben den politisch definierten Akteuren, d.h. vor allem dem Staat und seinen Apparaten, sind für Goetze zu Recht ökonomisch definierte Akteure zentral. An dieser Stelle benennt er jedoch weniger konkrete Akteure, sondern zeichnet in Anschluss an Manuel Castells Theorie der weltweiten Informationsgesellschaft die Strukturen der 'Globalökonomie des XX. Jahrhunderts' nach. Dabei verabschiedet er konsequenterweise auch die Perspektive einer Strategie nachholender Entwicklung. Die neue globale Struktur geht über einfache Zentrum-Peripherie-Modelle hinaus, da sich Knotenpunkte der globalen Informationsströme vervielfältigt haben. Gleichwohl ist die Tendenz zur Blockbildung gegeben, die Goetze noch in Form der klassischen Triade USA-EU-Japan beschreibt, was angesichts der Stagnation der japanischen Ökonomie (auch im Zuge der Asien-Krise) und der sich zuspitzenden Rivalitäten zwischen EU und USA fraglich scheint.

Ein breiter Teil der Arbeit widmet sich der kritischen Infragestellung – oder postmodern ausgedrückt: der Dekonstruktion – des Konzeptes 'Entwicklung'. Dabei werden v.a. die evolutionistischen und ethnozentristischen Implikationen in An-

schluss an diskurstheoretische Arbeiten des *post-development*-Ansatzes zurückgewiesen. Doch Goetze schüttet das Kind nicht mit dem Bade aus, sondern hält in reflektierter Form grundsätzlich am Konzept 'Entwicklung' fest und skizziert Alternativen von Entwicklung sowie mögliche theoretische Anschlüsse.

Dabei geht Goetze zunächst von den Akteuren und deren Handlungsfähigkeiten aus. Der von ihm gewählte Ausgangspunkt ist der Begriff der Nachhaltigkeit (167), den er über den engen ökologischen Rahmen heraus hin zu gesellschaftlicher Nachhaltigkeit erweitert. In diesem Sinne hebt Goetze besonders Partizipation und *empowerment* hervor. Diese Konzepte werden von Goetze durchaus kritisch diskutiert, wobei im Kontext seines akteurstheoretischen Zugangs der positive Bezug deutlich überwiegt. „Brennpunkte“ für eine entwicklungssoziologische Diskussion sieht Goetze vor allem im Kontext der breiten Debatte um Zivilgesellschaftlichkeit. Hier sind neue soziale Gruppen und soziale Bewegungen zu finden, die durchaus Akteure von Entwicklung sein können. Zentral ist Goetzes Hinweis, dass diese Akteure, die zum Teil auf ethnisch begründete Differenzstrategien setzen und alternative Vorstellungen von Entwicklung entwerfen, höchst moderne Phänomene sind. Damit unterstreicht der Autor, dass Globalisierung keineswegs (kulturelle) Homogenisierung bedeutet, sondern in ambivalenter Weise ein gemeinsamer Zeit-Raum-Bezug entsteht, während andererseits im Sinne einer Ko-Evolution Differenz produziert wird.

Unklarer ist die Zuordnung der NGOs zur Zivilgesellschaft. Hier weist Goetze auf die keineswegs geklärte Definition von 'NGO' sowie auf die vielfältigen Probleme im Spannungsfeld von staatlicher und

supranationaler Abhängigkeit, unternehmerischer Konkurrenzbeziehung und unintendiertem Assistentialismus und nicht beabsichtigter Zerstörung von Basisorganisationen hin.

In diesem Sinne benennt er auch deutlich die Begrenzungen des Konzeptes der Zivilgesellschaft: Das inhärente Demokratisierungspotential kann durch die neoliberale Tendenz des Rückzugs staatlicher Instanz unterlaufen werden. Zivilgesellschaft benötigt also einerseits einen institutionell gefestigten, rechtlichen Rahmen und andererseits die Unterstützung durch Bewegungen.

Im Kontext von Zivilgesellschaftlichkeit kommentiert Goetze den aktuellen entwicklungssoziologischen Diskussionsstand zu den Themenkomplexen Migration, *global cities* sowie soziale Konflikte und Gewalt. Zum letzten Aspekt sieht Goetze in der aktuellen Globalisierungsdiskussion eine Zunahme von ethnischen Vergemeinschaftungsprozessen, die angesichts der Krise des Nationalstaates auf Verräumlichung abzielen. Als Resultat entstehen eine Reihe von Gewaltkonstellationen, wobei Ethnizität oft ein strategisches Instrument zur Sicherung von zumeist ökonomischen Chancen ist. Regulierungsmöglichkeiten sieht Goetze nicht allein in der (Wieder-)Herstellung staatlicher Gewaltmonopole, sondern in der Herausbildung einer internationalen Zivilgesellschaft. So wichtig und wünschenswert dies ist, so scheint es doch, dass Goetze hier die Zentralität der Gewalt und die *glokaliserten* Gewaltmärkte unterschätzt.

Ganz in diesem Sinne ist der vielleicht einzige Makel an der ausgezeichneten Positionierung der Entwicklungssoziologie in der Globalisierungssituation die doch zu deutliche, in den 1990er Jahren wurzelnde Hoffnung auf eine harmonische Gestaltung

von Globalisierung im Sinne von Nachhaltigkeit und Zivilgesellschaft. Möglicherweise wären die Konstellationen und Zugänge zu Entwicklung angesichts zunehmender sozialer Polarisierung, Verarmung, Gewaltkonstellationen sowie weltweiter militärischer Interventionen gerade auch unter einer durchaus akteurs- und handlungsraumbezogenen Konfliktsituationen zu fassen.

Olaf Kaltmeier

Eva Senghaas-Knobloch, Jan Dirks, Andrea Liese: *Internationale Arbeitsregulierung in Zeiten der Globalisierung. Politisch-organisatorisches Lernen in der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)*. Münster: LIT Verlag 2003, 336 Seiten

Bestehen in Zeiten zunehmender wirtschaftlicher und Unternehmensglobalisierung Erfolg versprechende Möglichkeiten, auch die Arbeitsregulierung zumindest in gewissen Aspekten zu internationalisieren? Diese für das 21. Jahrhundert so grundlegende Fragestellung bildet den Rahmen für die Buchveröffentlichung, die auf einem mehrjährigen, von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekt beruht. Anhand von zwei Politikfeldern, der internationalen Regulierung von Kinderarbeit und der Handelsschifffahrt, wird die Entwicklung und Fähigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) daraufhin untersucht, ob sie durch politisch-organisatorisches Lernen angemessene Politiken und Organisationsformen angesichts der Globalisierung im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts entwickeln konnte.

Das Buch gliedert sich in fünf Teile. Im ersten Kapitel beschreibt *Eva Senghaas-Knobloch* den Gesamtzusammenhang der Forschungsfragestellung. Die Arbeit der am

Ende des ersten Weltkrieges entstandenen IAO basiert vor allem auf drei Säulen: der Setzung und Kontrolle internationaler Arbeitsstandards, der Durchführung von Forschung und Aufklärung sowie der Gewährung technischer Hilfe und technischer Zusammenarbeit. Nach einer kurzen Skizze der wichtigsten Stationen von Arbeitsprogrammen und Schwerpunktaktivitäten der IAO wird die „IAO aus der Perspektive der Organisationsforschung und einer Heuristik politisch-organisatorischen Lernens“ (23) dargestellt. In Anlehnung an ein Standardwerk der Organisationslehre (Schreyögg 1999) werden fünf grundlegende Probleme jeder Organisation genannt: das Verhältnis Organisation-Umwelt, das Problem der Strukturierung von Aufgaben, das Engagement der Mitglieder, die ungeplanten Folgen und Interaktionsergebnisse sowie das Organisationsproblem des inneren Wandels. Hiervon ausgehend liegt organisatorisches Lernen – so die Autorin – dann vor, „wenn im Auftrag und Rahmen der Organisation Untersuchungsprozesse zur besseren Problemwahrnehmung und Problemlösung durchgeführt werden, die entsprechenden Befunde durch geeignete Strukturen und Kommunikationen als anerkanntes organisatorisches Wissen gelten und zu Veränderungen in Strategie und Politik führen“ (30).

Drei Typen von Veränderungen in der IAO als Ergebnis politisch-organisatorischen Lernens werden unterschieden, nämlich verbessertes Wissen über ein Politikfeld, Veränderungen in handlungsleitenden Auffassungen von Organisationsmitgliedern und Veränderungen auf der Ebene der Entscheidungen. Dabei sollen vor allem drei Faktoren Berücksichtigung in der empirischen Analyse der Politikfelder Kinderarbeit und Handelsschiffahrt finden, nämlich die organisatorische Rezeptivität (die Fähigkeit in diesem Falle der IAO also, auf

veränderte Umweltbedingungen zu reagieren), die geeignete Akteurskonstellation (innerhalb der Organisation und eventuell in Interaktionen mit extra-organisationalen Akteuren) und schließlich die Ressourcenausstattung als wichtiger Aspekt der organisatorischen Einbettung bestimmter Politikfelder in die IAO.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit dem organisatorischen Lernprozess der IAO im Politikfeld Kinderarbeit. Ausführlich wird das Problem in die globalen Kontextbedingungen heterogener Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen sowie vor allem des Stellenwertes der informellen Ökonomie für Kinderarbeit gestellt. In diesem von *Andrea Liese* verfassten Teil wird dann gut nachvollziehbar herausgearbeitet, wie sich ein nicht-wirklichkeitsadäquates Politikmodell des Verbots jeglicher Kinderarbeit, welches in der IAO vor allem in den siebziger und noch Anfang der achtziger Jahre verfolgt wurde, nur wenig Erfolg zeigte (entsprechende Übereinkommen der IAO wurden von weniger als einem Drittel der UNO-Mitgliedsstaaten ratifiziert). In den 1990er Jahren ergab sich dann ein grundlegender Wechsel, der auch ein erfolgreiches politisch-organisatorisches Lernen widerspiegelt. Kritische Stimmen innerhalb der IAO (die sich für ein Überdenken der bisherigen Strategien stark machten), verstärkte Aktivitäten einzelner Regierungen (die zu signifikanten Ressourcenerweiterungen für das Politikfeld Kinderarbeit führten) und vor allem die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten vieler Nicht-Regierungsorganisationen im Bereich von Kinderarbeit ermöglichten zusammen genommen die reflektierten Veränderungsprozess innerhalb der IAO.

Im dritten (von Jan Dierks verfassten) Teil werden die internationale Regulierung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Handelsschiffahrt sowie die entsprechen-

den IAO-Politiken behandelt. Da die für Handelsschiffe relevanten Arbeitsregulierungen jeweils dem Land obliegen, unter dessen Flagge das Schiff fährt, haben sich im Zuge intensivierten Wettbewerbs eine massive Verlagerung fast der gesamten Handelsschiffahrt in sogenannte Billiglohnländer vollzogen. Auf diesen strukturellen Wandel versuchte die IAO, mit einem neuen Rahmenübereinkommen zu antworten. Allerdings hat sich in den letzten 25 Jahren gezeigt, dass diese Form der Normsetzung und -überwachung immer weniger die tatsächlichen Probleme des Ausflagens angehen konnte. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass es der IAO in diesem Politikfeld bisher nicht gelungen ist, einen den Veränderungen der Umwelt angemessenen Prozess politisch-organisationalen Lernens zu organisieren.

Im abschließenden vierten Teil fasst Eva Senghaas-Knobloch einige wichtige Ergebnisse der empirischen Arbeit zusammen und interpretiert sie im Lichte der Theoreme über die internationale Implementation neuer Politikregime. Im Politikfeld Kinderarbeit sind nachhaltige Fortschritte in der Etablierung eines internationalen Politikregimes im Sinne eines multidimensionalen und mehrere Ebenen und Akteursgruppen einschließenden Interaktionsgefüges entstanden, während im Politikfeld Handelsschiffahrt solche Erfolge nicht verzeichnet werden konnten. Stellt man die Entwicklung der IAO in den Zusammenhang anderer internationaler Arbeitsregulierungsansätze, so müssen die Möglichkeiten einer internationalen Arbeitsregulierung in Zeiten der Globalisierung als durchaus nicht völlig aussichtslos bezeichnet werden. Der fünfte Teil enthält einen recht ausführlichen Quellen-Übersichten- und Datenanhang. Allerdings werden hier – wie auch bei der einführenden Verortung

des Forschungsprojektes in der internationalen wissenschaftlichen Diskussion im Teil I – viele einschlägige und für das Thema direkt relevante Studien und Veröffentlichungen leider nicht erwähnt (einige dieser Publikationen sind weiter unten aufgeführt).

Es handelt sich insgesamt um ein äußerst wichtiges und lesenswertes Buch, welches auf empirischen Primärerhebungen in der IAO in Genf beruhend eine Fülle empirischen Materials, aber durch die behandelte Literatur auch eine guten Überblick über wichtige Diskussionszugänge eröffnet. Nicht völlig gelungen erscheint die Integration der vier Teile, denn die im Teil 1 angekündigten eher deskriptiv aus der allgemeinen Organisationsforschung gewonnenen Kriterien und Aspekte bleiben weit hinter der im Schlusskapitel dann neu aufgeworfenen Frage der internationalen Regimeimplementation zurück. Auch bei den beiden empirischen Teilen 2 und 3 hätte man sich manchmal eine explizitere Stellungnahme bzw. Zusammenfassung von Ergebnissen bzw. Zwischenergebnissen gewünscht. Insgesamt ist das Buch aber sowohl für die universitäre Lehre, als auch für Aktivistengruppen und öffentliche Institutionen, die mit dem Themenfeld Arbeitsregulierung und Globalisierung befasst sind, 'nachhaltig' zu empfehlen.

Empfehlenswerte Literatur zum Thema:

- Block, Richard N.; Roberts, Karen; Ozeki, Cynthia; Roomkin, Myron J. (2001): „Models of International Labor Standards“. In: *Industrial Relations* Nr. 2, S. 258-292.
- Carley, Mark (2001): „International Trade Secretariats in focus“. In: *European Industrial Relations Review* Nr. 318, S. 29ff (Teil I), Nr. 324, S. 26-29 (Teil II), Nr. 327, S. 31-36 (Teil III).
- Compa, Lance; Hinchliffe-Darricarere, Tashia (1995): „Enforcing International Labor Rights through Corporate Codes of Con-

- duct“. In: *Columbia Journal of Transnational Law*, Bd. 33, S. 663-689.
- Rüb, Stefan (2001): „Globale Konzerne – Globale Arbeitsbeziehungen?“. In: *WSJ-Mitteilungen*, 54. Jg., Heft 4, S. 257-264.
- Weiss, Manfred (2001): „Die Globalisierung arbeitsrechtlicher Mindeststandards“. In: Abel, Jörg; Sperling, Hans Joachim (Hg.): *Umbrüche und Kontinuitäten. Perspektiven nationaler und internationaler Arbeitsbeziehungen*. München/Mering, S. 369-382.
- Windmuller, John P. (2000): „The International Trade Secretariats“. In: Gordon, Michael; Turner, Lowell (Hg.): *Transnational Cooperation among Labor Unions*. Ithaca/NY, S. 102-119.

Ludger Pries

Ulrich Brand, Christoph Görg:
Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster: Westfälisches Dampfboot 2003, 262 Seiten

Das Buch „Postfordistische Naturverhältnisse“ von *Ulrich Brand* und *Christoph Görg* stellt den Versuch dar, die globalen Konflikte um die genetischen Ressourcen und die Internationalisierung des Staates im sich herausbildenden Postfordismus zu fassen. Es geht aus einem Forschungszusammenhang hervor, an dem außerdem Karin Blank, Joachim Hirsch und Markus Wissen beteiligt waren. Mit dem Buch wollen die Autoren eine Perspektive eröffnen, welche die übliche Unterscheidung zwischen ökologischen und sozialen Problemen auf der einen und Macht- und Herrschaftsverhältnissen auf der anderen Seite überwindet. Gleichzeitig geht es um die Frage, inwieweit lokale Akteure auf internationale Konfliktterrains Einfluss haben.

Umweltprobleme werden im politikwissenschaftlichen Mainstream häufig oberflächlich abgehandelt. In der Studie wer-

den die Konflikte in einem komplexen Macht- und Interessenfeld verortet und anhand des Konzeptes der „gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ konkretisiert und differenziert. Bezugnehmend auf Gramsci und Poulantzas werden klassische Dichotomien in der Analyse von Macht- und Herrschaftsverhältnissen gebrochen. Es eröffnet sich ein Konfliktfeld, in dem Nationalstaaten wie subalterne lokale Gruppen, NGOs wie TNCs, WTO und WIPO (Weltorganisation für geistiges Eigentum) in einem komplexen Feld um die Durchsetzung und Hegemonie ihrer Interessen kämpfen. Hierbei werden die unterschiedlichen Ressourcen der einzelnen Akteure gesehen und dennoch die Bedeutung auch von marginalisierten Positionen und Akteuren herausgearbeitet sowie die Widersprüchlichkeit und Kontingenz gesellschaftlicher Prozesse betont.

Anhand der Regulationstheorie werden die verschiedenen Konfliktterrains analysiert und miteinander verbunden. Der Begriff der Regulation meint hierbei, dass die kapitalistische Gesellschaft infolge der inhärenten Widersprüche und Konflikte kein steuerndes Zentrum haben kann. Vielmehr finden permanente Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen widerstreitenden Akteuren statt. Diese Auseinandersetzungen können zu dauerhaften Kompromissen führen, welche sich in spezifischen Institutionensystemen verdichten und manifestieren und so zu einer gewissen Bestandsfähigkeit führen.

Durch die Konkretisierung der spezifischen Regulationsweisen im sich herausbildenden Postfordismus auf lokaler, nationaler und globaler Ebene breitet sich ein transnationales Konfliktfeld aus, in dem beständig um die Hegemonie bestimmter Interessen gekämpft wird. Nationalstaaten werden hierbei als Verdichtung spezifischer

nationaler Kräfteverhältnisse gesehen und agieren im internationalen Rahmen wiederum als Akteure, wodurch es zu einer „Verdichtung zweiter Ordnung“ kommt. Hierbei stellen einzelne Staaten immer weniger die dominanten Steuerungszentren von Ökonomie und Gesellschaft dar, sondern treten als Moderator oder Makler auf, die die verschiedenen Interessen und Akteure miteinander in Beziehung setzen („kooperativer Staat“). Staatliche Gestaltungsmöglichkeiten werden „ökonomisiert“, und postfordistische Politik handelt immer stärker nach vermeintlichen Sachzwängen. Die Neukonfiguration des Politischen innerhalb des Staates wird als „Internationalisierung des Staates“ bezeichnet, wobei es zu einer umfassenden Transformation politischer Herrschaftsverhältnisse kommt (hin zu einem „Wettbewerbsstaat“). Der Prozess der Globalisierung bedeutet hierbei nicht das Wegfallen regionaler, nationaler oder lokaler Ebenen, sondern deren Rekonfiguration.

Insgesamt verbindet das postfordistische Akkumulationsregime eine Vergrößerung der Ausbeutungsrate mit einem neuen Schub der inneren Landnahme durch Unterwerfung weiterer gesellschaftlicher Bereiche unter den kapitalistischen Verwertungsprozess. Es geht um die globale Durchsetzung des Inwertsetzungsparadigmas, welches durch geistige Eigentumsrechte (Patente, Copyright, Sortenschutz) unterstützt und vorangetrieben wird, wobei es zu einer „Internationalisierung des Rechts“ kommt. Bei der Durchsetzung dieser Rechte spielen die Nationalstaaten als Inhaber des „Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit“ eine zentrale Rolle.

Das Konfliktfeld wird anhand verschiedener Fallstudien konkretisiert und heruntergebrochen. Die „Regulation der Biodiversität“ zeichnet sich dadurch aus, dass sich hier globale Umwelt- und Verteilungs-

konflikte überlagern. Gerade im Feld der Biodiversität ist das Problem mit einer Gegenüberstellung von ökonomischen und ökologischen Dimensionen, von Erhaltungs- und Verwertungsstrategien nicht zu erfassen, denn hier sind Erhaltung und Verwertung, Ökologie und Ökonomie, unauflöslich miteinander verschränkt.

Am Fall von Chiapas zeigen die Autoren die Durchdringung der verschiedenen Ebenen auf. Hier treffen die nationalen Inwertsetzungsstrategien von Wissen und genetischen Ressourcen des mexikanischen Staates und die Interessen der *Life-Sciences*-Industrien auf den lokalen Widerstand marginalisierter indigener Bevölkerung. Am Beispiel des Internationalen Saatgutvertrags, der die Patentierung bestimmter Kulturpflanzen verbieten sollte, wird aufgezeigt, wie Strategien, die sich gegen die fortschreitende Privatisierung von genetischen Ressourcen richten, vereinnahmt und überformt werden. Nicht nur ist heute der Schutz vor Patenten auch im Rahmen des Internationalen Saatgutvertrags fraglich. Dieser scheint sich im Gegenteil durch die Bereitstellung von genetischen Ressourcen zu einem „Supermarkt“ für die *Life-Sciences*-Industrien zu entwickeln.

Am Beispiel der Verhandlungen innerhalb der WTO und zwischen verschiedenen Vertragswerken wird aufgezeigt, dass dominante Akteure, wie die EU oder die USA, die internationalen Abkommen im Sinne eines „shop around“ nutzen. Wird innerhalb eines Konfliktfeldes die Hegemonie bestimmter Interessen in Frage gestellt oder sogar gefährdet, findet ein „forum shifting“ hin zu anderen Abkommen statt, bei denen diese Akteure hoffen, ihre Interessen besser durchsetzen zu können (hier aufgezeigt anhand der neuen Bedeutung der WIPO).

Die Stärke des Buches liegt u.a. im Versuch des Zusammendenkens von Lokalität und Globalität. Besonders am Beispiel des Widerstands in Chiapas ist dies gut erkennbar. Leider wird die Bedeutung von lokalen Akteuren an anderen Stellen weniger berücksichtigt. Sie werden zwar häufiger erwähnt und auch mitgedacht. Der Anspruch der Autoren, konkret zu untersuchen, inwieweit internationale Konfliktterrains und globale Strategien auch von „unten“ nach „oben“ beeinflusst werden, wurde nur partiell eingelöst. Insgesamt hätte der Fokus stärker auf den lokalen Akteuren und Kämpfen liegen können. Insgesamt ist das Buch gut lesbar und verständlich geschrieben. Zum Teil handelt es sich um sehr spezielle Diskussionen, die für Menschen, die sich mit diesem Themenkomplex noch nicht beschäftigt haben, eine Herausforderung darstellen können. Wer diese jedoch annimmt wird mit einem sehr spannenden und horizontweiternden Buch belohnt.

Joscha Wullweber

Judith Richter: *'We, the peoples', or 'We, the corporations'? Critical reflections on UN-business 'partnerships'*. Genf: International Baby Food Action Network & Infant Feeding Association (IBFAN-GIFA), Bezug: www.ibfan.org (pdf-Version)

Die Einführung des Partnerschafts-Paradigmas in die nationale und internationale Entwicklungspolitik als „Öffentlich-private Partnerschaften (PPP)“, „Entwicklungspartnerschaften“, Global Compact, usw. Anfang der neunziger Jahre signalisiert sowohl einen Ideologie- als auch einen Politikwechsel gegenüber der privaten Wirtschaft beziehungsweise Unternehmen, die Judith Richter vor allem am Beispiel der

internationalen Gesundheitspolitik kritisch nachzeichnet. Im ersten Teil analysiert die Expertin für internationale Gesundheitspolitik die Unterstellungen und Annahmen der veränderten Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft, die mit diesem Paradigmenwechsel einhergehen. Dazu gehören „Vertrauen“ anstelle von Kontrolle, „Freiwilligkeit“ und „Guter Wille“ statt Regulierung, wechselseitiger Nutzen („win-win“-Situation) anstelle einer Abwägung der Risiko- und Nutzenverteilung zwischen öffentlichen Interessen und privatem Gewinnstreben sowie eine Verschleierung faktischer Ungleichheit. Damit, so ihr Resümee, wird die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen gegen eine radikale Umstrukturierung und Vereinnahmung der internationalen Gesundheitspolitik, etwa im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation WHO, durch einen wachsenden finanziellen und politischen Einfluss von Unternehmen und privaten Stiftungen zunehmend ausgeblendet. Ausgeschlossen wird zweitens der Verweis auf das alternative Paradigma, die Trennung von öffentlichem und privatem, profitorientiertem Bereich, mit ihren jeweils unterschiedlichen Zielsetzungen, was Beziehungen nicht ausschließt, aber die Möglichkeiten von nicht-kommerziellen Alternativen offenhält. Die konkreten und teilweise gar nicht so neuen öffentlich-privaten Kooperationen wie Spenden, Auftragsvergabe, Forschungszusammenarbeit, usw., sollten laut Richter konsequenterweise nicht als ‘Partnerschaften’, sondern schlicht als gemeinsame Aktivitäten oder Interaktionen bezeichnet werden.

Hauptteil des Buches ist dann die Analyse von zwei neuen Formen der Interaktion auf Basis des Partnerschafts-Paradigmas, erstens der Global Health Alliances wie GAIN (Ernährung), GAVI (Impfungen)

und Global Fund (AIDS, Tuberkulose und Malaria), zweitens des Global Compact, den UN-Generalsekretär Kofi Annan 1999 startete. Richter bezeichnet sie als „soziale Experimente“, bei denen durch engere Zusammenarbeit zwischen UN und transnationalen Unternehmen Gesundheitsprogramme beziehungsweise die Umsetzung sozialer oder ökologischer Standards vorangebracht werden sollen. Material- und kenntnisreich zeichnet sie nach, wie die globalen Allianzen von UN-Organisationen, Konzernen, Regierungen und teilweise zivilgesellschaftlichen Gruppen, die in den vergangenen Jahren auf die Schiene gesetzt wurden, Entscheidungen beeinflussen, Strukturen und Institutionen verändern, gesundheitspolitische Prioritäten verschieben und Kontroll- und Einflussmöglichkeiten von Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlichen Organisationen, ja von UN-Organisationen und nationalen Regierungen beschneiden können. Der Preis für die teilweise durchaus erfolgreiche Mobilisierung zusätzlicher Finanzmittel für globale Gesundheitsprogramme könnte sein, dass die Politik selbst außer (öffentlicher) Kontrolle gerät oder – wie beim Global Compact – unwirksam bleibt, transnationale Konzerne umfassend auf die Einhaltung international vereinbarter Prinzipien zu verpflichten.

Trotz ihrer weitgehenden Beschränkung auf die globale, spricht: die UN-Ebene und dort auf die Gesundheitspolitik bietet die Studie eine in vielen Aspekten auf andere Bereiche und Ebenen übertragbare Analyse des Wandels von multilateraler Politik. Richters Beharren auf öffentlicher Diskussion, Verantwortung, Interessen und Kontrolle, die, wie sie zeigt, durch diesen Politikwandel gefährdet sind, wirkt angesichts der scheinbaren Allmacht des Partnerschafts-Paradigmas auf den ersten Blick

geradezu antiquiert – ist aber nichtsdestotrotz dringend notwendig.

Uwe Hoering

Philip Quarles van Ufford, Ananta Kumar Giri (Hg.): *A Moral Critique of Development. In Search of Global Responsibilities*. London & New York: Routledge 2003, 309 Seiten (European Inter-University Development Opportunities Study Group – EIDOS)

Die Krise von Projekten nachholender sozioökonomischer Entwicklung, von der Ebene ganzer Weltregionen bis hinunter zum operativen Bereich des Einzelprojekts währt nun bereits über anderthalb Jahrzehnte, bezieht man sich allein auf die ausdrücklichen Diagnosen über die Sackgasse (*impasse*), in die die Entwicklungstheorie geraten sei oder das Ende der Dritten Welt. Dennoch konstatieren die Herausgeber des vorliegenden Bandes zurecht, dass neben „ungezügelter Kritik“ (10) nach wie vor ein „exzessiver“ oder „künstlicher Optimismus“, das „hartnäckige Lächeln des Ikarus“ (8, 10), vor allem die Projektpraxis bestimme und unverbunden einer poststrukturalistischen „ungebremsten Kritik“ gegenüberstehe, die sich vom „weiteren Kontext“ sozial abgeschlossen habe (10f). Mit dem Band soll – vor allem im Modus einer anthropologisch orientierten Selbstreflexion – dazu beigetragen werden, die „Entwicklungsanthropologie zu einer moralisch sensiblen ebenso wie kritischen empirischen Praxis umzugestalten“ (19). Die Notwendigkeit, hierbei speziell über *Moral* zu handeln, ergibt sich aus der neuen Lage, in der der „Wechsel zum Markt“ neben einem managerialen, auf eine „a-historische“, eher auf professionellem Können denn auf Verantwortung beruhende Moral hervorge-

bracht hat (5). Die Herausgeber stellen dieses Projekt zunächst vor den Hintergrund einer „Genealogie der Entwicklung“ (12): Auf die kurze Periode der „Hoffnung“ und „globalen Verantwortung“ (13) 1944-1947, die auch im Sinne des „nie wieder“ zu verstehen sei (14), folge ab 1949 „Entwicklung als Praxen von Politik und Verwaltung“ (14). Ab Mitte der 1960er Jahre setzte dabei ein „Abteilungsdenken“ ein, verbunden mit einem Prozess „sozialer, moralischer und intellektueller Schließung“ (15) und heftigen Konkurrenzkämpfen ohne übergreifende Perspektive und mit einem instrumentellen Bezug auf Moral. Dem steht, wie bereits angedeutet, seit etwa 1990 die „Entwicklung als kritisches Verstehen“ als entscheidendes Moment gegenüber, um „Entwicklung als globale Verantwortung neu zu konstituieren“, doch bedarf es neben der „Hermeneutik des Misstrauens“ auch der „Hermeneutik des Bewahrens und des Neuaufbaus“ unter konstruktiver Bezugnahme auf vergangene und künftige Lernprozesse (17). Eine „emergente Ontologie“ (18) der Entwicklung soll gegenüber szientistischer oder administrativer Zuversicht nicht nur der Einsicht in die Heterogenität und Inkohärenz des Feldes Rechnung tragen, sondern auch dem „moralischen Problem“ entgegenwirken, das entsteht, wenn man „Kategorien und Akteure als reine Kategorien existieren lässt“ (18). Vielmehr ist „Entwicklung nur richtig zu verstehen als kontingentes Narrativ“ (21). Damit sind Unsicherheiten impliziert, die u.a. in einer „emergenten Ethik“ aufgefangen werden sollen, deren m.E. interessanteste Überlegung darin besteht, „globale Verantwortung“ unter zwei Gesichtspunkten zu verstehen: ethisch als „Sorge für Andere“, ästhetisch im Anschluss an Foucault als „Sorge für sich“ selbst (23). Damit treten Selbst und Andere in einen „gemeinsamen Bezugsrahmen“, der nahe

legt, den „Blickpunkt auf Konsum anstelle von ‘Armut’“ zu richten und so nicht nur „globale Ungleichheit und Differenz“ ins Zentrum der politischen Debatte zu holen, sondern zugleich die „Alteritätsperspektive der ‘orientalistischen Ethik’ der Entwicklung aufzuheben“ (24). Den damit angesprochenen Problemen des Umgangs mit Differenz und ihrer Anerkennung gehen die Herausgeber in einem eigenen Beitrag am Ende des Bandes weiter nach, wo sie im Anschluss an Foucaults Subjekt-Ontologie einerseits sowie an Überlegungen zur Ästhetik, die weitgehend an Adorno anknüpfen, andererseits zunächst die Möglichkeiten von Ästhetik als „künstlerischer im Gegensatz zu mimetischer Darstellung“ (261) erörtern, Gemeinsamkeit ohne Teleologie oder ordnende Eingriffe zu verstehen: „Es gehört zum mimetischen Charakter der heutigen Welt von Entwicklungs-Interventionen, dass die Repräsentanten der Entwicklung die Zuversicht besitzen, auf transparente und unproblematische Weise die Interessen einerseits der Geberinstitutionen und andererseits der Empfänger vertreten zu können.“ Wie aber Beiträge in diesem Band gezeigt haben, ist „das Feld der Entwicklung“ gerade durch „fehlende Übereinstimmung zwischen Absicht und Ergebnis gekennzeichnet“ (262). Giri und Quarles van Ufford entwickeln dann im Spannungsfeld der Selbstkultivierung bzw. „Sorge für sich“ (Foucault) und der Verantwortlichkeit bzw. „Sorge für andere“ (Levinas) und unter weiterem Bezug u.a. auf Gandhi und die postmoderne Kierkegaard-Rezeption die Forderung nach einer in Transzendenz und Transversalität – als der Verknüpfung „unterschiedlicher Identitäten und Ich-Identifikationen“ (268) – verankerten Balance zwischen Ästhetischem und Ethischem, die in die zielbewusste Kultivierung kontextuell bestimmter „Tugenden“ münden soll

(269). Die werden auch benötigt, um aus der „narzisstischen Falle von Entwicklungsinterventionen“ herauszufinden, die durch die zunehmend ausschließliche „Orientierung auf das eigene Überleben als unternehmerische Entwicklungsorganisation“ (270) bedingt ist. Demgegenüber ginge es um die „Rekonstitution von Entwicklung als Feld eingestandener Gegenseitigkeit (mutuality)“ (271) oder im Anschluss an MacIntyre als Feld „eingestanderer Abhängigkeit“, schließlich als „Beziehungsfeld, das uns hilft zu wachsen und uns mit sinnvollen Tätigkeiten zu befassen, die das Selbst ebenso wie das Andere, also die Vertreter (agents) der Entwicklung und die Empfänger der Entwicklungszusammenarbeit, nähren und mit Leben erfüllen.“ Freilich, wie auch die in diesem Band dargestellten Fallbeispiele eindringlich deutlich machen, besteht dann „die große Herausforderung darin, dass sich die Akteure auf dem Feld der Entwicklung selten wie Beteiligte auf einem Feld eingestanderer Abhängigkeit verhalten“. Der Ausweg aus der Sackgasse läge so gesehen darin, „diese Distanz zu überwinden und Intimität zwischen und unter den verschiedenen Akteurskategorien herzustellen ...Dafür benötigen wir neben ästhetischem Engagement und ethischer Verantwortung auch eine transzendente Inspiration bedingungsloser Liebe und ein Streben nach der Freude an gegenseitiger Gemeinschaft (Kierkegaard)“ (273).

Was das praktisch, sowohl im Sinne von politischem Handeln als auch von politischem und Alltagsverhalten in Forschungskontexten heißen kann, möchte *Giri* in einem Nachwort aufzeigen. Er formuliert die Zielsetzung des gesamten Unternehmens noch einmal nachdrücklich als „Stufe auf dem Weg zu einem wahrhaft globalen Gespräch über Entwicklung als globale Verantwortung an vielen Orten und mit vielen

Schauplätzen“ (280). Dies versteht *Giri* als Verweis auf eine Kritik an dem auf Ökonomie ausgerichteten, interventionistischen Entwicklungsparadigma ebenso wie als Appell, sich auf „sozio-spirituelle und sozio-politische Bewegungen“ zu beziehen (281). Für erstere steht hier die indische „self-study“-Bewegung Swadhyaya, für letztere ATTAC und der Kampf gegen Bergbau im indischen Kashipur. Die Spannweite dieser Bewegungen erstreckt sich für *Giri* vom Beckschen Konzept der „Bürgerarbeit“ oder der Offe/Heinzeschen „Eigenarbeit“ bis zum „Streben nach der Entwicklung des Herzens“ (283). Im Umgang mit einfachen, der Zeitungslektüre zu entnehmenden Fakten muss hier bedenklich erscheinen, wenn Carlo Giuliani, der bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua 2001 von der Polizei erschossen wurde, nicht nur als „erster Märtyrer aus Europa im Kampf gegen die Globalisierung der Konzerne“ bezeichnet, sondern – pathetisch? – gleich noch als „namenlos“ stilisiert wird (288). Die Literaturbezüge werden jedem und jeder, die mit der Debatte über das Ende der Arbeitsgesellschaft und die Folgen zumal in Deutschland nur ein wenig vertraut sind, wohl fast unweigerlich als argumentativer Ritt über den Bodensee erscheinen. Die zuletzt zitierte Formulierung verweist aber m.E. auf das eigentliche Problem der gesamten Argumentation. „Entwicklung“ (und genauso die Äquivalente wenigstens in den europäischen Sprachen) ist nicht nur ein – wenn auch relativ junges – Allerweltswort, das sich auf alles Mögliche beziehen lässt und deshalb auch inhaltlich mit hoher Beliebigkeit einsetzbar ist. Darüber hinaus ist „Entwicklung“ auch eine Metapher, die das Bild natürlicher Wachstums- und Veränderungsvorgänge auf gesellschaftliche Prozesse, aber etwa auch auf intellektuelle Operationen projiziert. Zu-

mindest das Wissen um die damit nun einmal vorgegebenen semantischen Zusammenhänge sollte gerade auch die Suche nach *Alternativen* zum herrschenden Entwicklungsdiskurs informieren. Giri verfährt dagegen auf problematische Weise eklektisch, wenn er sich das, was er für gut und nützlich befindet, dort sucht, wo es gerade zu wachsen scheint – etwa gleich im Anschluss an die zitierte Überlegung beim deutschen klassischen Bildungsideal, dem er Gültigkeit für „praktisch alle Kulturen der Welt“ (283) zuschreibt. Dazu beruft Giri sich auf Fred Dallmayr, den „überragenden Philosophen unserer Zeit“ (283), der gleich noch mit der Forderung zitiert wird, die notwendige, kulturüberschreitende Erinnerungsarbeit am Leitfaden von Konfuzius und Herder zu orientieren. Hier fragt man sich doch, gerade angesichts der überaus sympathischen und durchaus angebrachten Orientierung auf „anti-systemische und alternative Bewegungen“, die vielleicht etwas optimistisch als „überall im Vordringen“ gesehen werden (287), ob das wirklich aussichtsreiche Leitlinien für eine adäquate wissenschaftliche Auseinandersetzung, aber auch für eine wirkungsvolle Politik dieser Bewegungen abgeben kann. Es genügt nicht, dass man gegen alles mögliche und vor allem – und das ist in der Tat nur zu begrüßen – gegen die aktuelle Kriegspolitik ist und dann neben Hardt und Negri ganz im schwurbeligen Stil dieser Autoren eben mal auch eine Lesefrucht von Erasmus von Rotterdam zu zitieren, um zu schlussfolgern: „Mit dem Angebot von Visionen des Friedens, der Gerechtigkeit und des gemeinsamen Leidens kann Entwicklung auf neue Weise zur Wiederherstellung von Hoffnung beitragen, wo die Menschheit nun an einem Wendepunkt steht, der den katastrophalen Jahrzehnten [sic] der

1940er Jahre ähnlich ist, als Entwicklung als neue Hoffnung auftrat“ (295). Der ganze Satz lebt davon, dass „Entwicklung“ im Unbestimmten bleibt und dafür eine Romantik der „intimen Verbindung von Leiden und Hoffnung“ proklamiert wird (296), die ebenso wenig expliziert wird wie der Entwicklungsbegriff. Einer, der sich auf die *wissende*, auch der Gefahren bewusste Hoffnung, die *docta spes*, nun wirklich verstand, der hier auffällig ausgesparte und ganz zu Unrecht im beliebigen Meinen der Postmodernen vergessene Ernst Bloch, hatte dafür ein sehr klares und einprägsames Wort: Verblasenheit.

Dennoch werden hier in nachdrücklicher und instruktiver Weise zwei Grundfrage aufgerollt, die an den herrschenden Entwicklungsdiskurs zu richten wirklich überfällig ist – die Frage nach seinen übergreifenden, dem notwendigen Postulat nach durchaus ethisch zu nennenden Orientierungspunkten ebenso wie die nach der Konstruktion der beiden entscheidenden Positionen in dem gesamten Arrangement, der „Geber“ und der „Empfänger“. Das wird auch an einigen der Einzelbeiträge deutlich, auch wenn diese den von Quarles van Ufford und Giri entworfenen Bezugsrahmen allenfalls mit großen Einschränkungen explizit aufnehmen. *David Mosse* untersucht vor dem Hintergrund seiner eigenen Beteiligung als Consultant die konzeptionelle Entwicklung des Indo-British Rainfed Farming Project in Gujarat entlang der Abfolge von „Hoffnung“ beim Konzipieren des Projekts und auch noch bei der Rekrutierung der Mitarbeiter, von „Politik“ sowohl im Sinne des Willens zur Veränderung wie auch des Aufbaus und der Aufrechterhaltung von Bündnissen und schließlich „kritisches Verständnis“ angesichts der Ergebnisse einer zehnjährigen Projektgeschichte (48). Die konzeptionel-

le Vorgaben orientierten sich einerseits an „technischen Lösungen“ zum andern mit dem Ziel der Einbeziehung der betroffenen Bauern an „Partizipation“ (49f). Vor allem aber war das innerhalb von sechs Wochen geschriebene Projektdesign Ausdruck einer „Überzeugungspolitik“, etwa gegenüber Kritik an der mangelnden partizipativen Orientierung britischer Entwicklungsprojekte (51). In dieser Perspektive nennt Mosse drei Anforderungen an ein Projekt, das Geber zu überzeugen vermag: Bedeutung und Innovationsgehalt; technische Expertise einschließlich Sozialtechnologien wie vor allem Partizipation; schließlich „Zweideutigkeit“ im Interesse der Aufrechterhaltung von Konsens im Sinne der gleichmäßigen Verteilung des Anteils am Erfolg ebenso wie der Berücksichtigung „sukzessiver internationaler Entwicklungsmoden“: Nach dem Beginn 1990 „hatte 1993-1994 *watershed development* den Vorrang gegenüber Regenfeldbautechnologien und ‘farmer first’-Ansätzen errungen; 1995 kamen Trends zur Mikrofinanz und zu ‘Selbsthilfegruppen’ im Projekt deutlich zum Ausdruck, während das Projekt ab 1998 exemplarisch für das neue *Sustainable Rural Livelihoods*-Konzept“ des britischen Department for International Development (DFID) stand (53). Obwohl die Geber hier „hegemonisch *erscheinen* müssen“, ist es aber bedeutsam, dass zugleich unterschiedliche Lesarten des „Projektmodells“ für unterschiedliche Interessen möglich sind und akzeptiert werden können (53). Diese Grundproblematik wird dann an der Rolle konkretisiert, die das Prinzip der Partizipation in einer sehr komplexen Projektsituation spielte, die nicht zuletzt durch die kommerziellen Interessen eines Düngemittelunternehmens bestimmt war, das als Hauptsponsor des Projekts auftrat: Der Nachweis partizi-

patorischer Aktivitäten half dabei, „den Sinn einer ‘dünnen’ Projektpraxis zu verdichten“ (59). Nach zwei bis drei Jahren war man vordringlich mit dem „Management ... eines tiefen inneren Widerspruchs“ befasst, eben zwischen den beiden zentralen Zielen forciert Partizipation einerseits sowie Effizienz andererseits. Dies geschah durch geeignete „Rituale“ und die „Explikation“ anstatt der Überprüfung der Projektziele gegenüber den Gebern (61). Erfolg oder Scheitern des Projekts erwies sich letztlich als abhängig von den Vorgaben der britischen Geber, dem DFID. Die Erfahrung mit der Evaluierung eines niederländisch-indonesischen Irrigationsprojektes in Süd-Sulawesi, über die *Philip Quarles van Ufford* und *Dik Roth* berichten, schließt mit der Verwandlung von „Unwissen ... in Entscheidungsfindung“ (81) innerhalb von zwei Monaten nahtlos hier an: In einem Zyklus von Optimismus und Pessimismus wird die Einsicht in die unerwartete Komplexität der Probleme in ein „noch ehrgeizigeres, weiter ausgefächertes, komplexes Projekt mit internen Abhängigkeiten und manchmal sogar Widersprüchen“ transformiert (92), und die Verlängerung des Projektes erscheint als „letzte Hoffnung, Ikarus vor seinem finalen Absturz zu bewahren“ (96) – freilich um den Preis der Abkoppelung der „komplexen Realität im Feld“ von der „Papier-Wirklichkeit“ (96), in der „in Virtualität anstatt in Entwicklung investiert“ wird (98), und aus der es – wenigstens für Forschende – ein Entrinnen ehestens „außerhalb der Grenzen der Welt der Entwicklungspolitik“ gibt (99).

Ethische Fragen im Kontext der Bewertung lokalen Wissens sowie des Postulats der Partizipation werden in insgesamt sechs Beiträgen beleuchtet. Hier sollen zwei Schlaglichter genügen: Ungeachtet vermutlich unausweichlich dilemmatischer Situa-

tionen besteht *George Ulrich* auf der Bereitschaft zum „reziproken normativen Diskurs“, dessen Verweigerung „an und für sich selbst eine zutiefst unethische Haltung“ auch derjenigen sei, die sich aufgrund ihrer „guten Absichten“ über die „allgemeine öffentliche Verantwortlichkeit“ gerade in der Entwicklungszusammenarbeit erhaben fühlen (166). *Oscar Salemin* erinnert nicht nur daran, dass die Auseinandersetzung über das Konzept der moralischen Ökonomie eng mit der sozialwissenschaftlichen Begleitung des Vietnamkrieges vor allem durch das berüchtigte *Project Camelot* verknüpft, sondern auch zukunftsweisend in dem Sinne war, als „die offizielle US-amerikanische und südvietnamesische Definition von Befriedung [*pacification*] sich liest wie eine Beschreibung der partizipativen Entwicklung von heute“ (177).

Gerade hier zeigt sich, wie prekär die Wellen und Moden der entwicklungsbezogenen Rhetorik sind und wie schwierig es daher ist, dem Vorhaben einer Entwicklungs-Ethik festen Grund zu geben. Gewiss: Global verstandene Reziprozität dürfte eine unverzichtbare Bedingung dafür sein. Aber es ist allein schon eine ganz andere Frage, an welchen Kriterien ein solches komplexes, universelles Beziehungsgeflecht sich zu orientieren hätte. Dass diese Kriterien universell akzeptiert werden können, dürfte eine entscheidende Voraussetzung dafür sein, dass derartige Modelle nicht nur von einem abstrakten, distanzierten Standpunkt aus als ausgewogen oder „gerecht“ bewertet werden können, sondern dass sie auch so erfahrbar werden. Dabei bleibt freilich völlig offen, was wir unter „Entwicklung“ eigentlich verstehen sollen. Zwar ist es ein entschiedener konzeptioneller Fortschritt, wenn vor allem in den gemeinsamen Beiträgen der

beiden Herausgeber in diesem Band nachdrücklich auf dem Zusammenhang zwischen der transitiven und der reflexiven Dimension des Terminus „Entwicklung“ insistiert wird. Gerade die reflexive Dimension bedarf im Rahmen des sozioökonomischen Entwicklungsdiskurses jedoch einer weiteren Präzisierung. Diese hätte vor allem in den Blick zu nehmen, dass es gerade bei der Auseinandersetzung um das hegemoniale Entwicklungsmodell nicht allein um die Kritik an den Formen und Auswirkungen des aktuellen Globalisierungsschubs gehen kann und dass es auch nicht genügt, eine andere Globalisierung einzuklagen, so lange dies nicht mit einer Kritik hegemonialer, d.h. in westlichen Gesellschaften gültiger und nicht universalisierbarer Lebensformen konzeptionell und politisch verknüpft wird. Wenn nun im vorliegenden Band eine Definition von Entwicklung als „facettenreicher, vielstimmiger Prozess und komplexer Ort der Auseinandersetzung“ angeboten wird (Des Gasper 195, zit. Grillo & Stirrat), so ist die Offenheit dieser Bestimmung und die Berücksichtigung der unausweichlichen Konflikte um ihre inhaltliche Füllung zwar zu begrüßen, es fehlt aber die Reflektion darauf, dass diese Definition ausgesprochen inhaltsarm ist, ebenso wie irgendwelche kritischen Überlegungen über die Konsequenzen der Beliebigkeit, mit der der Terminus allenthalben Verwendung findet.

Reinhart Kößler

Carlos Collado Seidel, Andreas König u.a.: *Spanien: Mitten in Europa. Zum Verständnis der spanischen Gesellschaft, Kultur und Identität*. Frankfurt a.M.: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation 2003, 403 Seiten.

Spanien und insbesondere die spanische Sprache erfreuen sich im deutschsprachigen Raum bereits seit längerer Zeit eines stetig wachsenden Interesses, und schon daher ist eine weitere wissenschaftliche Publikation zur gesellschaftlichen Realität dieses Landes zu begrüßen, zumal wenn es wie hier erklärtes Ziel ist, einem breiten Publikum einen „interkulturellen“ Verständnisschlüssel zu liefern. Zielstrebig beginnt dann auch im ersten Kapitel die kulturgeschichtliche Dekonstruktion nationaler Stereotypen, die über Jahrzehnte und bisweilen gar Jahrhunderte das Fremdbild des Landes jenseits der Pyrenäen geprägt haben. Gegen Topoi und simplifizierende Klischees präsentiert das insgesamt neun Personen umfassende Autorenkollektiv sodann eine ausführliche und facettenreiche Untersuchung der spanischen Gegenwartsgesellschaft.

Dabei geht es allerdings weniger um herkömmliche Gesellschaftsanalyse, als vielmehr um Kultur im weiteren Sinne. Gegenstand der Untersuchung sind somit kollektive Wertvorstellungen und alltägliche Verhaltensmuster sowie die Identitäten des privaten und öffentlichen Lebens, während die institutionalisierten Strukturen der spanischen Gesellschaft lediglich in zweiter Linie behandelt werden. Dabei schöpft die Arbeit nicht zuletzt aus der vielfältigen Orientierung der beteiligten Autoren, die sowohl historische als auch soziologische, sozialpsychologische und anthropologische Erkenntnisse einfließen lassen. Für den Leser erwächst hieraus ein zweifellos

hoher Anspruch, wird er doch nicht nur mit einem äußerst breiten Themenspektrum, sondern auch mit sehr unterschiedlichen Betrachtungsweisen, manchen thematischen Überschneidungen und einer bisweilen deutlich differierenden Textqualität konfrontiert.

Gut platziert am Anfang des Bandes steht das von *Carlos Collado Seidel* verfasste Kapitel zum Nationalbewusstsein in Spanien und in seinen Regionen, das eine stringente und aufschlussreiche Einführung in die historisch begründete und bis in die Gegenwart hinein relevante Konfliktachse zwischen Region, Nation und Zentrum bietet. Ähnlich informativ, wenn auch ein wenig datenlastig, ist die Untersuchung der gesellschaftlichen Wertvorstellungen im darauffolgenden Kapitel, die eine deutliche Konvergenz der spanischen Gesellschaft gegenüber den im übrigen Westeuropa üblichen Einstellungen erkennen lässt.

Eine bisweilen etwas bunt geratene Collage bildet dagegen Kapitel 4, das unter dem Titel „Sozialkulturelle Strukturen: Lebensbereiche, Rollenmuster, Symbole“ Beiträge von allen neun Autoren zusammenfasst. Sehr oberflächlich bleiben hier leider die Ausführungen zur spanischen Jugendkultur (*René Bendit/Eva R. de Bendit*) und diffus gar die Erläuterungen zum „spanischen Konzept der Person“ (*Andreas König*), während die sozialpsychologischen Deutungen zum Stierkampf (*Vera Kattermann*) und zur Feierlaune am Beispiel der *movida cacereña* (*Karl Braun*) als Ausdruck spanischen Gruppenverhaltens etwas gewagt anmutende, aber durchaus anregende Einsichten bereithalten.

Ein weiteres Themenfeld, dem sich insgesamt vier Autoren (*Vera Kattermann, Dieter Goetze* sowie *Jesús Izquierdo Martín* und *Pablo Sánchez León*) widmen, ist der Wandel des Rollenverständnisses und

der Geschlechterbeziehungen in der spanischen Familie. Übereinstimmend konstatieren die Autoren dabei ein dramatisches Aufbrechen traditioneller Geschlechteridentitäten und -funktionen im familiären und öffentlichen Rahmen seit dem Ende der Franco-Diktatur. Anstelle klarer Rollendefinitionen erlaube die spanische Gesellschaft heute – mit regionalen und sozialräumlichen Differenzen – unterschiedliche Verhaltensoptionen, die Mann und Frau gleichermaßen neuen Suchprozessen unterwerfen.

Völlig anders gelagert ist das Kapitel zur *mentalidad económica* von *Andreas König*, das Hinweise zum spanischen Managementstil, aber auch zu ganz alltäglichen Verhaltensweisen in der spanischen Arbeitswelt enthält. Mit dem Ziel, praktische Orientierungshilfe zu leisten, werden hier Umgangsformen sowie Rollen- und Kommunikationsmuster in spanischen Unternehmen angesprochen. Dem voran gehen Anmerkungen zur spanischen Wirtschaftsmentalität und ihren Protagonisten, den Unternehmern, denen allgemein eine geringe Dynamik und Innovationsbereitschaft bescheinigt wird. Die Analyse greift hier jedoch zu kurz, wenn lediglich auf die *longue durée* traditioneller Einstellungen verwiesen, der (gegenläufige) Einfluss des Opus Dei auf die spanische Wirtschaftselite aber nicht einmal erwähnt wird. Und bedauerlich ist zudem, dass in diesem Zusammenhang auch die augenfälligen Besonderheiten des spanischen Konsumentenverhaltens nicht thematisiert werden.

Im Schlusskapitel (Kap. 6) verweist *Andreas König* noch einmal auf den gewaltigen sozialökonomischen Modernisierungssprung, den Spanien in den vergangenen 50 Jahren absolviert hat. Etwas verloren wirken dabei allerdings die Bemerkungen zu Film, Literatur und Theater, die – auf wenigen Seiten angerissen – den Band so

überraschend wie unbefriedigend beschließen. Als ein weiterer unbefriedigender Aspekt muss schließlich noch auf die orthographische und bisweilen auch sprachliche Sorglosigkeit hingewiesen werden, die dem Leser u.a. in Gestalt von Rechtschreib-, Interpunktions- und Akzentfehlern (im Spanischen) beinahe auf jeder Seite begegnet.

Diesen im Detail doch beträchtlichen Mängeln zum Trotz bleibt die Gesamtbilanz dennoch positiv: *Spanien: Mitten in Europa* präsentiert sich als eine durchaus innovative Länderkunde, die ganz bewusst an die Stelle von Länderdaten die Untersuchung der Alltagswelt setzt und dazu einlädt, die spanische Lebensrealität auch jenseits der touristischen Küstenzentren kennen zu lernen.

Sören Brinkmann

Michael Mann: *Incoherent Empire*. London & New York: Verso 2003, 278 Seiten

Michael Mann ist vor allem bekannt durch seine historisch fundierte soziologische Machttheorie, deren dritter, *Globalizations* betitelter Band noch in Vorbereitung ist. Die vorliegende Analyse der aktuellen US-Außenpolitik unter dem Gesichtspunkt eines „neuen Imperialismus“ beruht zwar auf Manns Machttheorie, ist aber geprägt durch die aktuelle Gefahr, die darin besteht, dass die US-Administration und die britische Regierung „gegenwärtig den Frieden und die Ordnung bedrohen, indem sie außerordentlich törichte militaristische Strategien verfolgen“ (vii). Das Buch wurde daher „mit halsbrecherischer Geschwindigkeit“ (ebd.) geschrieben und weist sich als bewusste politische Intervention auch durch den abschließenden Hinweis darauf aus, dass „die politische Lösung im No-

vember 2004 auf der Hand liegt. Jagt die Militaristen aus dem Amt. Sonst wird die Welt die Macht der Amerikaner noch weiter vermindern“ (267).

Daraus geht zugleich hervor, dass dies zwar das Buch eines Gelehrten, jedoch unmittelbar auf einen politischen Anlass hin geschrieben ist. So verzichtet Mann hier auch keineswegs auf ätzende Polemik. Die ist freilich durchaus inhaltlich rückgebunden, etwa in der Bezeichnung von Bush, Rumsfeld & Co. als „chicken hawks“, also Leute, die keine ernstlichen Erfahrungen mit Krieg haben, aber desto unbedenklicher damit hantieren und zudem weit eher die Schwachen angreifen, als es mit halbwegs gleichwertigen Gegnern aufzunehmen. Konzeptionell schließt er sich zunächst denen an, die gemeinsam mit Autoren wie dem verschiedentlich zitierten Emmanuel Todd oder auch Immanuel Wallerstein meinen, eine langfristige Tendenz zum Niedergang der US-Hegemonie ausmachen zu können. Anders als etwa Todd mit seiner grob gestrickten These vom demographischen Niedergang legt Mann seiner Analyse die vier Dimensionen zugrunde, die im Zentrum seiner Machttheorie stehen: Militär, Ökonomie, Politik und Ideologie. Dabei zeigt sich die überwältigende militärische Übermacht der USA, die in der Lage sind, an jedem Ort der Welt militärisch einzugreifen, es freilich nicht vermocht oder darauf verzichtet haben, dem Beispiel früherer Imperien zu folgen und systematisch die Truppen dafür aus den Reihen der Beherrschten zu rekrutieren. Nicht zuletzt deshalb haben die USA auch keine territoriale Kontrolle etabliert, sondern insulare, über die Welt verteilte Stützpunkte. Im Gegensatz zu ihrer militärischen Übermacht steht die Rolle der USA als „ökonomischer *back-seat driver*“, unfähig oder auch nicht willens, der Weltwirtschaft

ernsthafte, vorwärtsweisende Impulse zu geben. Vielmehr erweist sich etwa die US-Auslandshilfe als weitestgehend den außenpolitischen Prioritäten verpflichtet, mit gewaltigem Übergewicht in Zahlungen an Israel und in den Nahen Osten. Diese Region steht auch im Mittelpunkt der Überlegungen zu den politischen Herausforderungen, etwa zur Unfähigkeit, die Regionalkonflikte zu kontrollieren, die Mann wiederum im Fall des Nahen Ostens auf die einseitige Unterstützung Israels zurückführt. Ähnliches gilt für den Verlust der ideologischen Hegemonie, verstanden als Konsens gegenüber der Vorherrschaft der imperialen Macht, durch die Entstehung von Ethnonationalismus und religiösem Fundamentalismus.

Vor diesem Hintergrund entfaltet Mann eine Kritik der aktuellen, offiziell als Krieg gegen den Terrorismus bezeichneten Politik. Neben offenkundigen Schwächen wie der Willkürlichkeit, mit der die „Achse des Bösen“ konstruiert wurde, oder den verheerenden Folgen dieser Zuordnung auf den Reformprozess im Iran macht er vor allem wesentliche Unterscheidungen stark, die heute leider keineswegs selbstverständlich sind: Für ihn sind Freiheitskämpfer nicht notwendig Terroristen, und vor allem sind „nationale“ Terroristen noch längst nicht „internationale“. Sie allein erscheinen gefährlich für US-Amerikaner, und einer der zentralen Fehler der Strategie der Bush-Administration gegen den Terrorismus besteht darin, durch politische Falschwahrnehmungen erstere in letztere zu verwandeln. Insgesamt liegen die akuten, sehr brisanten Gefahren des Terrorismus-Krieges für Mann daher in falscher Politik, deren verheerende Folgen allzu vereinfachend und leicht in ontologisierte kulturelle Gegensätze uminterpretiert werden. Dabei ist die diskursimmanente Fixierung

auf die Gefährdung von *US-Amerikanern* durchaus ernstzunehmen: Sie führt konsequent zu der Forderung, solche Konflikte sich selbst zu überlassen, in denen eine solche Gefährdung, also internationaler Terrorismus im strengen Sinn, nicht gegeben ist. Andererseits fordert Mann auch in Fragen der Verbreitung von Nuklearwaffen eine pragmatische Haltung, die etwa solche Waffen in der Hand von Nordkorea, perspektivisch eines vereinten Korea eher tolerieren und diplomatisch neutralisieren als sie mit allen Mitteln bekämpfen und so irrationale Momente des Konfliktes noch steigern würde. Diese Sichtweise entspricht der weiteren These, dass die Strategie der Bush-Administration nicht von Realismus, sondern weitgehend von einem doktrinären Idealismus gekennzeichnet sei.

Es lässt sich durchaus fragen, ob solche Überlegungen der Brisanz der aktuellen Probleme, etwa den Folgen der durch regionale Konflikte ausgelösten Migrationswellen oder auch der Tendenz zur Verallgemeinerung des Kernwaffenbesitzes wirklich gerecht werden. Die Stärke von Manns Beitrag liegt jedoch unbeschadet dessen in der Forderung nach begrifflicher Differenzierung der Gefahrenmomente und der ebenso differenzierten Analyse der Grundlagen und Wirkungsweisen weltumspannender Macht.

Reinhart Kößler

Gerald Raunig (Hg.): *Bildräume und Raumbilder. Repräsentationskritik in Film und Aktivismus*. Wien: Turia & Kant 2004, 188 Seiten

Keine Proteste ohne Videodoku, kein Grenzcamp ohne Medienzelt, keine Bewegung ohne Indymedia: Die Öffentlichkeit sozialer Bewegungen ist seit dem zapa-

tistischen Aufstand 1994 und den Anti-WTO-Protesten von Seattle 1999 mehr denn je mit der Frage ihrer eigenen Herstellung verknüpft. Als umkämpfter Ort ist die Öffentlichkeit auch ein Raum, so die Dokumentarfilmerin und Kulturtheoretikerin Hito Steyerl, in dem Wahrheit nicht nur verhandelt, sondern auch gemacht wird. Michel Foucault nannte diesen Prozess „Politik der Wahrheit“.

Um Fragen dieser Art von Politik dreht sich der von *Gerald Raunig* herausgegebene Sammelband. Die Reflexion politischer Aktivismen wird dabei ebenso betrieben wie diejenige künstlerischer Strategien, Beiträge zur aktuellen Filmtheorie finden Platz neben gesellschaftstheoretischen Überlegungen. Gemeinsame Klammer der Beiträge, die aus zwei Workshops des Wiener „european institute for progressive cultural politics“ (eipc) hervorgegangen sind, ist die Kritik an Techniken der Repräsentation. Ist der Begriff als Ablehnung politischer Vertretungen Konsens, sind Repräsentationen im Sinne filmischer oder künstlerischer Darstellung durchaus umstritten. Die Aufsätze bewegen sich zwischen den Polen Raum, Bild und Politik. Gerahmt sind sie von theoretischen Positionen, vor deren Hintergrund diese Begriffe überhaupt erst gemeinsam zu diskutieren sind: Also weniger Marx/Engels und Horkheimer/Adorno und mehr Negri/Hardt und Deleuze/Guattari.

Boris Buden erläutert, warum der öffentliche Raum, der in den theoretischen Konzepten der traditionellen und neuen Linken als zentraler Ort politischer Auseinandersetzung immer eine immense Rolle spielte, in poststrukturalistischen Ansätzen kaum vorkommt. Statt der Konfrontation antagonistischer Kräfte und Interessen ist Politik hier eher konzipiert als Übersetzungsleistung im kulturellen Feld. Öff-

fentlichkeit verliert ihre zentrale Bedeutung als Ort der Transparenz und Verhandlung. Stattdessen gewinnt der „Raum der Subversion, der Transgression, der Blasphemie, der Häresie“ (Buden) (50) an Bedeutung auch für emanzipatorische Politik.

Einer gut zu heißenden, linken Praxis widmen sich auch immer gerne solche AutorInnen, die, wie Antonio Negri, der Tradition des italienischen Operaismus entstammen. In seiner Aktualisierung des Autonomiebegriffes betont *Franco Berardi Bifo* dessen Prozesscharakter. Autonomie heute bedeute nicht die Konstruktion eines wesenhaften, starken Subjektes, sondern „die kontinuierliche Veränderung sozialer Beziehungen“ (24). Und *Maurizio Lazzarato* hebt die Möglichkeiten hervor, die neue Subjektivitäten in Bezug auf „raumzeitliche Gefüge“ (176) hervorbringen. Weder Optimismus noch Antiessentialismus ist an solchen Positionen problematisch. Bedenklich ist es hingegen, wenn Berardi Bifo die Prekarisierung der Arbeit als verspäteten Erfolg der Bewegung (und ihrer gezielten Arbeitsverweigerung) interpretiert, weil sie eine „Form der Autonomie von der kontinuierlichen regulären Arbeit“ (27) sei.

Zeitdiagnostisch triftiger und politisch angemessener erscheinen da eher die Beiträge von *Alice Creischer* und *Andreas Siekmann* oder von *Hito Steyerl*. Creischer/Siekmann stellen ausgehend von einer ökonomiekritischen Untersuchung der Wirtschaftskrise in Argentinien die „Zurichtung und Freisetzung von öffentlichem Raum“ (99) dar. Einerseits schildern sie dabei die Räumung von Orten, an denen sich die neuen sozialen Bewegungen im Anschluss an die Dezember-Krise versammelt hatten als „neuen Standard von Staatsgewalt“ (97). Zum anderen entgehen ihnen aber auch politische Strategien nicht, die gera-

de durch das Aufgreifen ehemals oppositioneller Slogans „Subversivität in ein Instrument der Kontrolle“ (95) verwandelt haben. Auch Hito Steyerl zeigt, wie eng Machttechniken und Subversion manchmal doch beieinander liegen. Ihr eigenes Medium reflektierend, beschreibt Steyerl dokumentarische Formen als solche, die Wahrheit weniger abbilden, als selbst erst hervorbringen. Indem das Dokumentarische Handlungen und Haltungen nahe legt, vorschlägt oder direkt hervorruft – in der parteiischen Demoberichterstattung prinzipiell nicht anders als in der Kriegspropaganda –, erweist es sich als Regierungstechnik im Sinne Foucaults. Dass es keine abzubildende Wahrheit mehr gäbe, will Steyerl damit allerdings nicht sagen. Am Beispiel dokumentierten Unrechts wird ein Dilemma deutlich, denn hier kommt der relativistische Ansatz, der das Bild als pures Konstrukt sieht, dem revisionistischen verdammt nahe, der die gezeigten Täter entlasten will. Genaues hinsehen, Momente der Wahrheit „gründlich zu lesen und zu bergen“ (172) schlägt Steyerl als möglichen Ausweg vor.

Probleme der Wahrheitsproduktion allerdings sind weder auf Film und Fotografie beschränkt, noch sind sie in jedem Falle gleich auf der Höhe der Theorie. Was den vorliegenden Band so lesenswert macht, ist u.a. die Mischung an verschiedenen Textsorten. Filmtheoretische Abhandlungen neben der Schilderung eines indigenen Filmprojektes in Mexiko, Theorien zum Kulturwandel der Öffentlichkeit neben Berichten zur Besetzung der ehemaligen somalischen Botschaft in Brüssel oder vom Grenzcamp in Strasbourg 2002: Nicht, dass diese Reportagen sich um theoretische Einordnung nicht bemühen würden oder hier ein Versäumnis des Herausgebers vorläge. Neben manch medientheoretischem Hochtrab ist es

nur angenehm zu lesen, wie sich die soziale Praxis geriert. „Der eine Kilometer vom Eingang bis zum hinteren Ende des Geländes“, schreibt *Marion Hamm* in ihrem Beitrag zu Kommunikationsstrategien beim Treffen der GlobalisierungskritikerInnen in Strasbourg. „war in gewisser Weise länger als die 3000 Kilometer zwischen zum Beispiel Wien und London in der internetgestützten Vorbereitungsphase.“ (37) Als einen „Ort der Krise“ (72) beschreibt auch *Tristan Wibault* jene leer stehende und von Papierlosen besetzte „Universal Embassy“. Dass Menschen hier einerseits selbstorganisiert ihr Elend verwalten, andererseits neue Kollektivitäten und Repräsentation „im Kommen“ (74) formieren, könnte auch als Botschaft des Buches herhalten. Universell ist sie nicht. „Wir sind uneinig, das ist schlecht. Nein, das ist gut, das ist Bewegung“ (113), zitiert *Michaela Pöschl* in ihrem Beitrag über Peter Watkins Film „La Commune“ aus Bertolt Brechts „Die Tage der Kommune“. Uneinheitlich sind auch die Beiträge dieses Bandes. Das ist gut.

Jens Kastner

Larissa Förster, Henrichsen Dag,
Michael Bollig (Hg.): *Namibia –
Deutschland. Eine geteilte Geschichte.
Widerstand – Gewalt – Erinnerung.*
Köln: Rautenstrauch-Joest-
Museum & Edition Minerva 2004,
341 Seiten

Die hundertste Wiederkehr der Jahrestage der großen Aufstände von Herero und Nama gegen die deutsche Kolonialmacht im heutigen Namibia und des darauf folgenden Völkermordes durch die deutsche Schutztruppe und Kolonialverwaltung gibt Anlass zu einer Reihe von Erinnerungsaktivitäten auch in Deutschland. Mit die aufwendigste dürfte die große Ausstellung

sein, die bis Anfang Oktober 2004 im Kölner ethnographischen Museum, danach im Historischen Museum in Berlin gezeigt wird und von einer umfangreichen Veranstaltungsreihe begleitet wird. Als wissenschaftlicher Begleitband erscheint der vorliegende Sammelband – bewusst kein Katalog zur Ausstellung, sondern eine thematisch angelagerte Ergänzung. Anders als in der Ausstellung, wo der von 1904 bis 1908 währende Krieg gegenüber einer Vielzahl anderer Aspekte deutlich zurücktritt, spielen hier der deutsche Kolonialismus und die Unterdrückung des gegen ihn gerichteten Widerstandes, endlich die daran anknüpfenden „Erinnerungskulturen“ eine wirklich zentrale Rolle – nicht zuletzt auch deshalb, weil dieses einschneidende Ereignis zumindest für die davon unmittelbar betroffenen Erinnerungsgemeinschaften in Namibia – Herero, eine ganze Reihe von Nama-Gruppen und Deutschsprachige – nach wie vor der zentrale Bezugs- und Fluchtpunkt ihrer Geschichts- und in vieler Hinsicht auch ihrer Identitätskonstruktion ist. Ein weiterer Grund dürfte auch darin liegen, dass die Forschung über die Kolonialzeit Namibias nach wie vor die 30 Jahre deutscher Herrschaft (1884-1915) gegenüber den folgenden 75 Jahren südafrikanischer Herrschaft und Besatzung (1915-1990) deutlich privilegiert. Das gilt erst recht für die Arbeiten deutscher und deutschsprachiger Forscherinnen und Forscher.

Der Bogen spannt sich vom Überblick über den deutschen Kolonialismus in Afrika über die vorkoloniale Herero-Gesellschaft sowie die Ursachen und den Verlauf des Herero-Deutschen Krieges zu kolonialen Alltagserfahrungen nach dessen genozidaler Unterdrückung und zu einer Bewertung des Völkermordes; Untersuchungen zu Erinnerung beziehen sich auf zentrale

Fixpunkte wie Denkmäler in Namibia und in Deutschland, die Figur des Nationalhelden Hendrik Witbooi, die von Herero organisierten berühmten Truppenspieler-Gruppen (*oturupa*) sowie die facettenreiche Erinnerungslandschaft am Waterberg bzw. dem Ort Hamatari als dem von den Kontrahenten unterschiedlich akzentuierten Schauplatz der Entscheidungsschlacht zwischen Herero und Schutztruppe. Überschneidungen zwischen den „Lebenswelten“ der Siedlergesellschaft und der Kolonisierten werden vor allem unter dem Gesichtspunkt der Bewertung von „Mischehen“, aber auch des Schicksals von Kindern aus solchen Verbindungen aufgegriffen, weiter in zwei Beiträgen, die das Selbstverständnis und die aktuellen Perspektiven deutscher Namibier thematisieren. Ein letzter großer Abschnitt gibt Hinweise auf aktuelle Probleme und neuere Entwicklungen. Drei weitgehend landeskundlichen Beiträgen über Verfassungsentwicklung sowie Landenteignung und -reform, in denen das Thema der „geteilten Geschichte“ eher implizit präsent ist, steht je ein Beitrag zu den Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu Namibia und der namibischen Befreiungsbewegung zwischen 1960 und 1990 sowie über die Problematik der Versöhnung nach der Unabhängigkeit gegenüber.

In der Perspektive der „geteilten Geschichte“ lässt dies Leerstellen offen. Das gilt etwa für den gesamten Bereich der Mission, die in dem hier ausschließlich thematisierten Teil Namibias, der von weißen Siedlern besetzt wurde, ganz überwiegend von deutschen Missionaren geleistet wurde und nicht zuletzt auch Bewusstseinsprozesse in Deutschland selbst anstieß, schon angesichts der aufwendigen Propaganda, um die notwendigen Geldmittel zu mobilisieren. Eine auffällige Lücke nicht nur hier, sondern generell in der Debatte über den Kolonialkrieg

1904-1908 sind weiter die Auseinandersetzungen, die er in Deutschland auslöste, wo das Vorgehen der Reichsregierung und ihrer Truppen in Namibia keineswegs unwidersprochen blieb: Es gab nicht nur mehrere scharf kontroverse Reichtagsdebatten, sondern es kam zu einer konträren zivilgesellschaftlichen Mobilisierung vor allem durch die Sozialdemokratie einerseits, die nationalen Verbände, die den Bülow-Block bei den „Hottentottenwahlen“ 1907 unterstützten und zum Erfolg führten, andererseits. Das ist zweifellos ein zentraler Aspekt „geteilter Geschichte“. Schließlich ist es auch bedauerlich, dass unter dem Titel „AfrikanerInnen und afrikanische Lebensverhältnisse in Deutschland“ auf Menschen aus Namibia fast gar nicht eingegangen wird. Auch deren Nichtauftreten im Unterschied zu Leuten aus Kamerun oder Ostafrika (Tanzania), über deren Schicksale hier berichtet wird, wäre ja der Reflektion wert gewesen. Generell liegt der Schwerpunkt eindeutig auf dem Herero-Gebiet in Zentralnamibia, während – auch der noch immer vorherrschenden Literaturlage entsprechend – Nama und Südnamibia deutlich unterbelichtet bleiben und der Norden aus thematischen Gründen fast ganz ausgespart ist.

Hervorzuheben ist zunächst *Dag Heinrichsens* Skizze der Herero-Gesellschaft in Zentralnamibia im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts, die nachdrücklich den modernen Charakter dieser „Gewehrgesellschaft“ herausarbeitet, die sich im aktiven und kreativen Bezug auf das um Kapstadt zentrierte Handelssystem herausbildete. Es war demnach sicher nicht die Kolonialherrschaft, die etwa zur Dynamisierung stabiler, gar statischer Verhältnisse geführt hätte, vielmehr werden die Handlungsstrategien der kurz darauf Kolonisierten selbst eindrucksvoll erkennbar. Ähnliches gilt für die Darstellung

von Gewalterfahrungen und Alltagsstrategien nach dem Krieg von *Gesine Krüger*. Die frühzeitige Schaffung von Netzwerken gegenseitiger Hilfe, das Unterlaufen des Verbots von Großviehbesitz und dabei die Ausnutzung der widersprüchlichen Interessenlage der Siedlerfarmer ermöglichten noch während des formal durch strikte Kontrolle und Repression gekennzeichneten letzten Jahrzehnts deutscher Kolonialherrschaft wesentliche Schritte hin zur Rekonstruktion auch eines gewissen Maßes ökonomischer Eigenständigkeit und kommunalen Zusammenhangs. Zusammen mit der Adaption von militärischen Organisationsformen und Ritualen wird dies dann von *Jekura Kavari*, *Dag Heinrichsen* und *Larissa Förster* an der Truppenspieler-Bewegung verdeutlicht, die ihren ersten öffentlichen Höhepunkt 1923 bei der im großen Stil beangegangenen Beerdigung des *Paramount Chief* Samuel Maharero erlebte, dessen Exil im heutigen Botswana auch durch den Wechsel der Kolonialmacht nicht in Frage gestellt worden war. Nicht nur die Uniformen und Paraden, auch die hier analysierten Preislieder unterstreichen, dass „die *oturupa* wie keine andere Institution in Namibia die Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen der geteilten namibisch-deutschen Geschichte (symbolisiert)“ (159). *Larissa Förster* zeigt, welch krass einander widersprechende Erinnerungsinhalte und -strategien auf das Gebiet am Waterberg Bezug nehmen, wobei nicht zuletzt auch die Kontrolle durch dort ansässig gewordene Farmer eine wesentliche Rolle spielt und an die Rückbindung des Erinnerungsraumes an materielle Verfügungsstrukturen gemahnt. Eigene Erwähnung verdient schließlich besonders noch *Katrin Rollers* Überblick über die Schicksale der Nachfahren von Zara Schmelen, der Nama-Frau, die den ersten in Namibia tätigen Missionar heiratete, und

deren Nachkommen weit verzweigte Familienbeziehungen vorwiegend innerhalb der Rheinischen Missionsgesellschaft entwickelten. Die zuvor bereits von *Wolfram Hartmann* angesprochenen Ambivalenzen bezüglich „Mischehen“ und Sexualmoral werden hier nochmals plastisch deutlich, zumal sich die Prozesse der Wertung und Umwertung bis zu den Unsicherheiten der Personen über ihr eigenes „Blut“ oder zu der Ururenkelin Zara Schmelen verfolgen lässt, die von den Nazis zwar nicht aus dem BDM ausgeschlossen wurde, aber für die schon einmal vorsorglich ein Heiratsverbot avisiert wurde.

Nicht unerwähnt bleiben soll die eindrucksvolle Ausstattung des Bandes mit Bildern, die häufig wesentliche Photodokumente darstellen und daher weit über die pure Illustration hinaus gehen. So ist zwar kein Ausstellungskatalog entstanden, wohl aber ein Sammelband, der von seiner engen Verknüpfung mit der Ausstellung entschieden profitiert hat.

Reinhard Kößler

Joachim Becker, Andrea Komlosy (Hg.): *Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich*. Wien: Promedia Verlag 2004, 234 Seiten

Die soziale Welt weist eine Fülle von Grenzen auf, die sich nicht ausschließlich in politisch institutionellen Formen widerspiegeln: System- oder Blockgrenzen, Status-, Wohlstands- und Klassengrenzen, ethnische und Geschlechtergrenzen. Diese werden vor allem im Hinblick auf den geografischen und sozialen Raum deutlich, den sie umgeben. Grenzen stehen damit in einem Wechselverhältnis zum Raum, der wiederum – als politischer, ökonomischer oder kultureller – von sozialem Handeln

konstituiert wird. Als Resultat innerer und äußerer Kräfteverhältnisse sind nicht nur die Grenzen von politischen Einheiten veränderbar und immer wieder verändert worden. Für den Streit um den Verlauf und die Ziehung von Grenzen scheint es aber einen Hauptgrund zu geben: Grenzkonflikte, so die HerausgeberInnen des vorliegenden Sammelbandes, entzündeten sich vornehmlich an der Frage des Ein- und Ausschlusses „bei der Nutzung materieller Ressourcen“ (46). In ihrer Typologie und Chronologie von Grenzen weisen *Joachim Becker* und *Andrea Komlosy* den Staatsgrenzen eine besondere Rolle zu. Der Staat schuf sowohl die Vorbedingungen für die Verbreitung der Lohnarbeit und die Freisetzung der ArbeiterInnen, als auch eine durch rechtliche und kulturelle Normierung hervorgerufene Vereinheitlichung von Räumen.

Durchstaatlichung und Durchkapitalisierung wurde in den westlichen Industriestaaten um einiges gründlicher vollzogen, als in den Kolonien. Dennoch wurde eine neue Form von Räumlichkeit geschaffen, die bis heute fortwirkt. Das gilt für postkoloniale nationale Grenzziehung in Afrika – wie *Henning Melber* am Beispiel Namibias aufzeigt – ebenso wie für ethnische soziale Grenzen in den Metropolen, die die frühere Unterscheidung zwischen „freien“ und „unfreien“ Menschen nur etwas subtiler weiterführen. Die Willkür nationaler Grenzen hat dabei eine doch immer wieder erstaunlich eindeutige Wirkung auf die Selbstdefinition der Individuen.

Der Band betrachtet und analysiert Grenzverläufe sowie ihre Verschiebung und Auflösung vor allem in historischer und politischer Perspektive. Vor allem politökonomische Ansätze werden dabei in Anschlag gebracht. Die umfassenden – und einzigartigen – Studien, die die Auflösung

von Osmanischem und Habsburgerreich vergleichen oder die letztere hinsichtlich ihrer Migrationspolitik mit der heutigen Europäischen Union auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede hin befragt, fahren damit gut. Die wesentlichen Strukturprinzipien kapitalistischer Gesellschaften, Konkurrenz und Klassenkonflikt, werden dabei als grundlegend für den beschriebenen Formwandel von Staatlichkeit ausgemacht. Auch die Analyse des Zerfalls Jugoslawiens auf der Grundlage der politischen Ökonomie von Hannes Hofbauer zeigt noch einmal deutlich, dass hier keineswegs in erster Linie uralte ethnische Konflikte aufbrachen. Unterschiedlich motiviert, wiesen alle Balkan-Kriege der 1990er Jahre eine entscheidende „grenzüberschreitende Einmischung von außen“ (187) auf, die wiederum auf eine ökonomische Aufspaltung von Regionen rekurrierte, die weit in die Tito-Ära zurückreicht. Die Neuordnung Jugoslawiens steht gewissermaßen symbolisch für den im Buchtitel angegebenen Fokus: weltweit verschärfen sich regionale und soziale Grenzziehungen, während Globalisierung andererseits als programmatisch grenzenloses Unterfangen gilt.

Der Öffnung der Grenzen für Kapital und Waren steht dabei bekanntermaßen deren Schließung für Menschen gegenüber. Diesen Zusammenhang erläutert *Karen Imhof* am Beispiel Mexikos seit Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens. Aus der Sicht der Nationalstaaten funktionieren die Grenzen dabei allerdings weniger als Barrieren, denn vielmehr als Möglichkeit, den Zuzug von Arbeitskräften zu regulieren. Und auch aus der Perspektive der MigrantInnen scheint nationalstaatliche Zugehörigkeit nicht mehr der primäre Abgrenzungsmodus zu sein: Eine „pendelnde Existenzweise“ (229) führe zur Entstehung neuer „transnationaler sozialer Räume“

(231), die New Yorker Ex-MexikanerInnen mehr an ihre Ursprungsgemeinde als an NYC oder Mexiko binde.

Hier gerät aber auch der politökonomische Ansatz an seine Grenzen. Denn transnationale Grenzverschiebungen beschränken sich weder auf die Migrationsproblematik, noch sind sie allein Folge oder Ausdruck ökonomischer Ungleichheiten. Wenn schon der Versuch unternommen wird, auch die Ebene von AkteurInnen und ihren Handlungen in die Analyse mit einzubeziehen – was der Band löblicherweise tut –, dann müsste auch ein theoretischer Fokus auf kulturelle Praktiken gelegt werden. Zwar ist Geld mit Aufkommen des Kapitalismus zu einer „zentralen Vergesellschaftungsform“ (203) geworden, wie *Joachim Becker* und *Paola Visca* in ihrem Text zu Argentinien betonen. Die Veränderung von Räumen, die Etablierung von Zonen und die Verschiebung von Linien aber sind nicht immer Auswirkungen von Wirtschafts- oder Finanzkrisen. Nichts desto trotz sind die verschiedensten Auflösungen des nationalen Währungsraumes, die Argentinien in den letzten 25 Jahren durchlaufen hat, als Fallstudie ebenso gründlich und plausibel beschrieben wie alle anderen in dem Band versammelten Grenzfälle auch.

Jens Kastner

James Barber: *Mandela's World. The International Dimension of South Africa's Political Revolution 1990-1999*. Oxford: James Currey, Cape Town: David Philip, Athens: Ohio UP 2004, 214 Seiten

Patrick Bond: *South Africa and Global Apartheid. Continental and International Policies and Politics*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2004 (= Discussion Paper 25), 43 Seiten

Zehn Jahre Mehrreitherrschaft in Südafrika sind Anlass für vielerlei Bilanzen. *James Barber* bezieht sich dabei weitgehend auf die Sicht der Internationalen Beziehungen und konzentriert sich freilich ausdrücklich auf die ersten fünf Jahre nach dem Ende der Apartheid, die Präsidentschaft Nelson Mandelas. Dem gehen zwei Großabschnitte voraus, in denen zum einen die Geschichte der Apartheid und insbesondere der Außenpolitik der Nationalen Partei von 1948 bis 1989 sowie die Exilerfahrung der Opposition rekapituliert wird, zum andern der Verhandlungsprozess, der schließlich zum Ende des rassistischen Systems geführt hat. Bei alledem wie auch bei der Darstellung des Weges der südafrikanischen Außenpolitik unter Mandela, die er in groben Zügen als Entwicklung von einer idealistischen, stark menschenrechtlich geprägten Position hin zu einer eher realistischen Orientierung, freilich nicht ohne Aufgabe übergeordneter Ziele interpretiert, stellt Barber Persönlichkeiten in den Mittelpunkt. So geht es um die Zielvorstellungen und Rivalitäten von Nelson Mandela und Frederick de Klerk, des letzten NP-Präsidenten, um die Konzepte einzelner Beamter im südafrikanischen Außenministerium usw. Das ist stellenweise weit interessanter als es zunächst den Anschein haben mag, unter aktuellen

Gesichtspunkten insbesondere da, wo Barber den außenpolitischen Zielvorstellungen von Mandelas Nachfolger Thabo Mbeki und den Ursprüngen seines Konzeptes der Afrikanischen Renaissance nachgeht.

Die Realitäten, an denen sich der ursprüngliche Idealismus gebrochen hat, sieht Barber vor allem im regionalen Kontext des südlichen Afrika und sowie Afrikas insgesamt, wo Südafrika als wirtschaftlicher, aber auch militärischer Gigant in eine Rolle hineinwuchs, die in deutlichem Kontrast zu seinem globalen Status steht, der bestenfalls der einer „Mittelmacht“ ist. Hinzu kommen die Verstrickungen zwischen inneren und äußeren Problemen, vor allem im Kontext eines massiven Migrationsdrucks.

Barber sieht eine neue außenpolitische Identität im Engagement Südafrikas in zahlreichen internationalen Organisationen, als „Brückenbauer“ in internationalen, vor allem in afrikanischen Konflikten ebenso wie als Regionalmacht und Wirtschaftsriese, der freilich global gesehen Bedeutung über seine eigentliche Stärke hinaus errungen habe. Ungeklärt bleiben bei alledem grundlegende Fragen, etwa zur Bedeutung staatlicher Souveränität unter Bedingungen zunehmender Verflechtungen und Abhängigkeiten sowie insbesondere angesichts von Zielsetzungen internationaler Kooperation, wie sie sich heute angesichts der Praxis der von Mbeki propagierten New Partnership for Africa's Development (NePAD) sehr dringlich stellen.

Barber hat einen nützlichen Überblick vorgelegt, dessen Gebrauchswert noch erheblich größer wäre, hätte er sich die Mühe gemacht, die zahlreichen Sekundäritäts nachzuweisen, wie dies in einer wissenschaftlichen Publikation eigentlich üblich ist.

Ein Kontrastprogramm liefert die kurze Broschüre von *Patrick Bond*. Ausgehend

von dem von Präsident Thabo Mbeki formulierten Anspruch, die weltweite Ungleichheit – verstanden als „globale Apartheid“ – zu bekämpfen, wendet er sich gegen dessen Taktik, „links zu reden und rechts zu handeln“ (29). Versuche der südafrikanischen Diplomatie, sich eine dauerhafte Position in internationalen Organisationen zu erarbeiten und so „die globale Apartheid anzugreifen“ (24) erweisen sich aus Bonds Sicht als Fehlschläge des „Reformismus im frühen 21. Jahrhundert“ (35). Schlimmer noch: Die NePAD-Initiative, weit entfernt davon, ein realistischer Weg zu mehr afrikanischer Eigenständigkeit zu sein, entpuppt sich in Wahrheit als zweite Phase der „Anwendung des Washington Consensus“, also der Durchsetzung neoliberaler Strategien, nach der ersten Phase der Strukturpassungsprogramme (15). Zugleich zeigt sich die Schwäche der NePAD-Politik nicht nur daran, dass ihre Exponenten gegenüber dem Wahlbetrug Mugabes 2002 in Zimbabwe untätig geblieben sind, sondern auch in der mangelnden Aktivität, die afrikanische Staats- und Regierungschefs in diesem Rahmen an den Tag legen. Für aussichtsreicher hält Bond daher gegenüber der Stoßrichtung des Washington Consensus über immer weitere „Kommodifizierung“ die Zusammenfassung von Basis-Initiativen als „lokalen und nationalen ‘Mitglieder’ der Bewegungen für globale Gerechtigkeit“ (36), zumal von Sozialforen, als deren wichtigstes in Südafrika er das in eThikweni (Durban) als den ersten von vielen folgenden „ernstzunehmenden Versuch auf kommunaler Ebene“ nennt (36). Die Programmatik solcher Anläufe bleibt hier freilich eher diffus mit der Forderung, „global zu denken und zunächst lokal zu handeln und dabei die Machtbalance national und international so zu verändern, dass globales Handeln eines Tages zu etwas Sinnvollem führen kann“

(36). Die reichhaltigen bibliographischen Hinweise machen diese Publikation jedoch zu einem nützlichen Ausgangspunkt für kri-

tische Analysen der gegenwärtigen südafrikanischen Außen-, zumal Afrika-Politik.

Reinhart Kößler

Eingegangene Bücher

Agbu, Osita: *Ethnic Militias and the Threat to Democracy in Post-Transition Nigeria*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2004 (= Research report 127), 53 S. ISBN 91-7106-525-3

Arnfred, Signe (Hg.): *Re-thinking Sexualities in Africa*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2004, 276 S. ISBN 91-7106-513-X

Beck, Kurt; Förster, Till; Halm, Hans Peter (Hg.): *Blick nach vorn. Festgabe für Gerd Spittler zum 65. Geburtstag*. Köln: Köppe 2004, 366 S. ISBN 3-89645-403-X

Beck, Rose Marie; Wittmann, Frank (Hg.): *African Media Cultures. Transdisciplinary Perspectives/Cultures de médias en Afrique. Perspectives transdisciplinaires*. Köln: Köppe 2004, 320 S. ISBN 3-89645-246-0

Bogner, Artur; Holtwick, Bernd; Tyrell, Hartmann (Hg.): *Weltmission und religiöse Organisationen. Protestantische Missionsgesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert*. Würzburg: Ergon 2004, 760 S. ISBN 3-89913-321-8

Bond, Patrick: *South Africa and Global Apartheid. Continental and International Policies and Politics*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2004 (= Discussion Paper 25), 43 S. ISBN 91-7106-523-7

Brieskorn, Norbert; Lesch, Walter; Pries, Ludger; Treibel, Annette: *Grenzenloses*

„Recht auf Freizügigkeit“? *Weltweite Mobilität zwischen Freiheit und Zwang*. Stuttgart: Kohlhammer 2004 (= Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur 10), XVII + 171 S. ISBN 3-17-018293-5

Clausen, Lars; Geenen, Elke M.; Macamo, Elisio (Hg.): *Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen*. Münster: LIT 2004, 352 S. ISBN 3-8258-6832-X

Förster, Larissa; Henrichsen, Dag; Bollig, Michael (Hg.): *Namibia – Deutschland. Eine geteilte Geschichte. Widerstand – Gewalt – Erinnerung*. Köln: Rautenstrauch-Joest-Museum & Edition Minerva 2004, 341 S. ISBN 3-923158-40-8/3-932353-86-2

Hansen, Karen; Vaa, Tranberg & Mariken (Hg.): *Reconsidering Informality. Perspectives from Urban Africa*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2004, 235 S. ISBN 91-7106-618-0

Hunter, Justine (Hg.): *Beijing + 10: The Way Forward. An introduction to gender issues in Namibia*. Windhoek: Namibia Institute for Democracy 2004, v + 70 S. ISBN 99916-796-8-5

Hunter, Justine (Hg.): *Who Should Own the Land? Analysis and Views on Land Reform and the Land Question in Namibia and Southern Africa*. Windhoek: Konrad Adenauer-Stiftung & Namibia Institute for Democracy 2004, vi + 130 S., 1 CD-ROM ISBN 99916-796-9-3

- Kaiser, Markus (Hg.): *Auf der Suche nach Eurasien. Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Russland und Europa*. Bielefeld: transcript 2004, 396 S.
ISBN 3-89942-131-0
- Leggewie, Claus (Hg.): *Die Türkei und Europa. Die Positionen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004, 342 S.
ISBN 3-518-12354-8
- Olukotun, Ayo: *Repressive State and Resurgent Media under Nigeria's Military Dictatorship, 1988-98*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2004 (= Research Report 126), 136 S.
ISBN 91-7106-524-5
- Schareika, Nikolaus; Bierschenk, Thomas (Hg.): *Lokales Wissen – Sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Münster: LIT 2004, 273 S.
ISBN 3-8258-6963-6
- Schetter, Conrad: *Kleine Geschichte Afghanistans*. München: Verlag C. H. Beck 2004 (= becksche reihe), 157 S.
ISBN 3-406-51076-0
- Vaughan, Sarah; Tronvoll, Kjetil: *The Culture of Power in Contemporary Ethiopian Political Life*. Stockholm: Sidastudies 2003 (= Sida Studies 10), 177 S.
ISBN 91-586-8611-8
- WIDERSPRUCH. *Beiträge zu sozialistischer Politik 46: Marktregime und Subjekt im Neoliberalismus*, Zürich: WIDERSPRUCH (Postfach, CH-8026 Zürich), 228 S.
ISSN 1420-0945